

Extra-Ausgabe

Da steht er, der „eingestürzte Bau“

Presse und Polemik zur Errichtung des Karl-Marx-Hofes



Die neue Wohnbausteuer.

Die neue Wohnbausteuer.

Mittwoch ist den Vertrauensmännern der Wiener Arbeiterschaft, gestern der gesamten Öffentlichkeit der Plan vorgelegt worden, nach dem die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung künftighin die Wohnbausteuer gestalten will. Dieser Plan hat vor allem das eine für sich, daß ihn jeder versteht. An die Stelle des unentwirrbaren Gestrüpps von Steuern und Zuschlägen, die, solange der Staat die Grund- und Gebäudesteuer einhebt, gerade dieses Gebiet zu einem Dickicht des Steuerfiskalismus machten, aus dem der anständige Steuerzahler nur schwer den Weg zu einer richtigen Fassung, der unanständigen aber sehr leicht den Schleichweg zum doppelten Betrag am Staat und an den Mietern finden konnte — an die Stelle dieses ganzen Wustes steht die Gemeinde, da sie nun die Regelung der Realsteuern in die Hand nimmt, eine einfache Grundform und eine klare Abtufung. Künftighin wird es in Wien nur zwei Steuern vom Grundbesitz geben: die Grundsteuer von allem, was nicht Baugrund ist, und die Wohnbausteuer von allen Wohnungen und Geschäften. Und diese Steuern werden nicht nur klar, sondern auch niedrig sein.

Das ist unverkennbar der Eindruck, den die Veröffentlichung des Wohnbausteuerplanes auch in der breitesten Öffentlichkeit gemacht hat. Hatten doch, als vor wenigen Wochen die Gemeinde ihren Haushaltsplan für 1923 vorlegte, der keine einzige nennenswerte Steuererhöhung vorah, die bürgerlichen Kritiker hämisch darauf verwiesen, daß dieser Erfolg der sozialdemokratischen Gemeinde nur ein Scheinbarer sei: bei der Abreglung der Realsteuern würden es die „Mathsozialisten“ schon einbringen. Nun hat die Realsteuerregelung der Mathsozialisten diesen Kritikern die Rede verschlagen: selbst die „Reichspost“ bringt es bei der ersten Besprechung der neuen Wohnbausteuer nur zu einem verlegenen und verlogenen Unterzettel: freilich kündigt sie einen Nachtrag an Demagogie bereits an. Auf der anderen Seite berufen auch die Kommunisten bereits Versammlungen über die Wohnbausteuer ein. So sollen wir also wieder das politische Schauspiel erleben wie im vorigen Jahr, Fieber und Fieberländer in treuer Gefolgschaft zu sehen?

Wir möchten den Herren raten, bevor sie sich in dieser Sache aufs Eis wagen, ein wenig Vergleich und Berechnungen anzustellen. Mit einigen können wir den Herren dienen. Da hat vor kurzem die christlichsoziale Majorität des niederösterreichischen Landtages die neue Hauszinssteuer festgelegt: mit dem Hundertsfünftel des Friedenszins, was ungefähr dem vierzigfachen Friedenszins entspricht. Das ist genau so viel, als die Gemeinde Wien an Wohnbausteuer in der untersten Stufe fordert; nur eben mit dem Unterschied, daß in Wien die Besitzer der Luxuswohnungen ein Vielfaches davon zu zahlen haben, während die christlichsoziale Landesverwaltung von den Proletariatswohnungen in Neunkirchen genau so viel an Steuer einhebt wie von den Schieberwillen in Baden. Man kann den Mangel an christlichem und sozialem Gefühl nicht sinnfälliger ausdrücken, als es — gegen den Protest der niederösterreichischen Sozialdemokraten — in diesem Mangel einer Progression die christlichsoziale Steuerpolitik getan hat.

Aber, könnte Herr Kunschak einwenden, die Wiener Christlichsozialen sind für die Daten und Unterlassungen ihrer Parteigenossen in Niederösterreich nicht verantwortlich. Nun, wir wollen Herrn Kunschak gar nicht daran erinnern, was eine Verwaltung, die ihm näher steht, was die Kueger und Weiskirchner in Wien an Hauszinssteuer eingehoben haben in einer Zeit, da die Wiener volle vierzig Prozent des Friedenszinses an Steuer entrichten mußten und die Eingänge aus dem Zinsbiller, der gleichfalls ohne

vorgeschrieben, daß sie als Mindestmaß der Hauszinssteuer vier Prozent ihres Friedensertrages in Gold einheben müßten. Das hätte für Wien im Jahre 1923 den Betrag von 75 Milliarden Kronen ausgemacht, die Herr Seipel den Wiener Mietern diktiert hätte. Das Ertragsnis der Wiener Wohnbausteuer nach dem sozialdemokratischen Plan wird etwa 30 Milliarden, also weniger als die Hälfte der Seipel-Steuer, ausmachen. Dabei erreicht die Wiener Wohnbausteuer erst bei einem Friedenszins von 5000 Kronen das Hundertsfache des Friedenszinses; Herr Seipel aber wollte den Wiener Mietern für alle Wohnungen, auch für die kleinste Proletariatsbehausung, als Steuer unterschlechtslos den zweihundertfachen Friedenszins diktieren! Vielleicht überlegt sich Herr Kunschak diese Zahlen, bevor die „Reichspost“ ihren nächsten Artikel schreibt.

Aber, wird abermals Herr Kunschak einwenden, dieser erste Entwurf des Seipelschen Minimierungsprogramms ist ja — dank dem erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten, die die Wiener Mieter vor diesem Ueberfall schützten — nicht Gesetz geworden. Nun, auch das Wiederaufbaugesetz in seiner beschlossenen Fassung enthält über die Realsteuern eine bemerkenswerte Bestimmung. Es heißt darin, daß die Länder und Gemeinden verpflichtet seien, ihre Defizit „durch eine entsprechende Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuern“ zu decken. Diese ausdrückliche Vorschrift gehört ja zu den feinsten Feuilletonen im Plan des Herrn Prälaten: die Länder und Gemeinden, denen er die Personalzuschüsse abbaut, vor allem die Gemeinde Wien, der er die Lurnsmarensabgabe wegnimmt, sollten dadurch gezwungen werden, die unpopulärsten Steuern, die Belastung des durch den Mieterschutz bisher besonders geschützten Wohnbedürfnisses einzuführen. Die Gemeinde Wien hat dem Herrn Prälaten den Gefallen nicht getan. Während alle Bundesländer, die unter christlichsozialer Verwaltung stehen, mit der Erhöhung ihrer Realsteuern tatsächlich bereits begonnen haben, ist das größte Bundesland, die sozialdemokratische Gemeinde Wien, ~~wiegleich das einzige, das zur Deckung seines Budgetdefizits auch nicht einen einzigen Heller aus der Wohnbausteuer heranzieht.~~

In Wien bleibt die Wohnbausteuer eine Zwangssteuer, die nach ihrem progressiven Aufbau und nach ihrer Bestimmung wahrhaft sozialen Zwecken dient: sie ist nicht wie der alte Zinsbiller eine indirekte Steuer, die zu rein fiskalischen Zwecken in die Gemeindefinanzen fließt, sondern sie ist einzig und allein dazu bestimmt, Wohnungen zu bauen, neue Wohngelegenheiten und dadurch mittelbar auch neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Die Steuer, die Herr Seipel den Gemeinden vorschrieb, sollte der Entlastung der Staatsfinanzen dienen; die Wiener Wohnbausteuer, die die sozialdemokratische Gemeinde einhebt, dient ausschließlich der Befämpfung der beiden größten sozialen Uebel. Sie finanziert nicht die Gemeindefinanzen, die unter sozialdemokratischer Verwaltung auch ohnedies in Ordnung sind; sie finanziert die Wohnungsnot, die wir Herrn Weiskirchner verdanken, und die Arbeitslosigkeit, die Herr Schmyg erzeugt!

Aber nicht nur diese ihre Zweckbestimmung macht die Wohnbausteuer zu einer vernünftigen und erträglichen Abgabe. Gleichzeitig mit der Einhebung der Wohnbausteuer hört für 70.000 Wiener Untermieter die Untermitabgabe auf. Soweit diese Abgabe bisher von den Untermietern selbst getragen wurde, bedeutet das eine nicht unbedeutliche Ersparung; soweit bisher der Vermieter die Untermietabgabe geleistet hat, wird ihm durch ihre Abschaffung die Entrichtung der Wohnbausteuer erleichtert. Das trifft insbesondere für jene große Zahl von Mittelstandswohnungen zu, die heute vielfach das Kontingent der Untermieten einstellen; durch diese Begünstigung wird

1922 wird Wien selbständiges Bundesland und ist damit in der Lage, eigene Steuergesetze zu beschließen. Am 12. Januar 1923 meldet die *Arbeiter-Zeitung* unter dem Titel „Die neue Wohnbausteuer“:

„Mittwoch ist den Vertrauensmännern der Wiener Arbeiterschaft, gestern der gesamten Öffentlichkeit der Plan vorgelegt worden, nach dem die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung künftighin die Wohnbausteuer gestalten will. Dieser Plan hat vor allem das eine für sich, daß ihn jeder versteht. [...]

In Wien bleibt die Wohnbausteuer eine Zwecksteuer, die nach ihrem progressiven Aufbau und nach ihrer Bestimmung wahrhaft sozialen Zwecken dient: sie ist nicht wie der alte Zinsbiller eine indirekte Steuer, die zu rein fiskalischen Zwecken in die Gemeindefinanzen fließt, sondern sie ist einzig und allein dazu bestimmt, Wohnungen zu bauen, neue Wohngelegenheiten und dadurch mittelbar auch neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.“

Stinkbomben der Mieterschutzfeinde.

Im Ersten Weltkrieg verschärfte sich die ohnehin prekäre Situation auf dem Wiener Wohnungsmarkt dramatisch. Um den sozialen Frieden sicherzustellen, wurde 1917 eine kaiserliche „Verordnung über den Schutz der Mieter“ erlassen.

Nach Kriegsende prallen die Interessen der Hausherren und der Sozialdemokratie, die die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes zu einem ihrer vorrangigsten Ziele erhoben hatte, offen aufeinander. Nach zähen Verhandlungen wird ein politischer Kompromiss erzielt, der im neuen Mietengesetz von 1922 seinen Niederschlag findet. Erstmals werden eine Zinsobergrenze und ein Kündigungsschutz eingeführt, die Mietervertreter erhalten außerdem das Recht, die Abrechnungen der Hausherren einzusehen. In der Zeitschrift *Der Mieter*, dem Organ der 1911 gegründeten sozialdemokratischen Mietervereinigung, heißt es im Januar 1923: „Das neue Mietengesetz verbürgt für alle Zeiten die Rechte der Mieter und ist wohl das beste Mietengesetz in Europa.“

Nachdem christlichsoziale Kreise mit schöner Regelmäßigkeit eine Rückkehr zur Gesetzgebung der Vorkriegszeit fordern, stehen die Nationalratswahlen der folgenden Jahre immer auch im Zeichen des Mieterschutzes. Am 22. Oktober 1927 schreibt die *Arbeiter-Zeitung* unter dem Titel „Stinkbomben der Mieterschutzfeinde“: „Seit einiger Zeit versucht es die Hausherrendemagogie, den Eindruck zu erwecken, die Gemeinde könne und solle nicht bauen. Bauen kann und soll natürlich nur die kapitalistische Bauspekulation! Die hat ja bekanntlich — ihr könnt es in allen Arbeitervierteln sehen! — so vortrefflich, so herrlich gebaut! [...] dieser Feldzug für die Bauspekulation ist nichts anderes als Stimmungsmache für den Abbau des Mieterschutzes, nichts anderes als ein Vorgefecht für den bevorstehenden Kampf um den Mieterschutz.“

Am 21. Oktober 1927 liefert *Das Kleine Blatt* eine drastische Illustration dessen, was passieren würde, „Wenn der Mieterschutz abgebaut wird...“

Die neue Wohnbausteuer ist eine Kombination aus Luxus- und direkter, stark progressiver Massensteuer, die den Kleinwohnungsbestand schont, Objekte der gehobenen Kategorien hingegen mehr belastet und somit die finanzielle Basis für das kommunale Wohnbauprogramm des Roten Wien schafft.

Die progressive Besteuerung führt in kurzer Zeit zur Zerschlagung des ausschließlich profitorientierten privaten Immobilienmarktes. Aufgrund der gesunkenen Grundstückspreise kann die Gemeinde Wien günstig Baugrund erwerben. Anfang 1924 ist die Stadt bereits größter Grundbesitzer und verfügt über 2,6 Millionen Quadratmeter Bauland.

Am 21. September 1923 wird das erste Wohnbauprogramm in Angriff genommen, das die Errichtung von 25.000 neuen Wohnungen bis 1928 vorsieht. Nachdem dieses Vorhaben bereits 1926 umgesetzt ist, wird 1927 ein zweites Wohnbauprogramm für 30.000 weitere Wohneinheiten beschlossen.

Stinkbomben der Mieterschutzfeinde.

Dafür, was sich die Christlichsozialen gestern geleistet haben, gibt es nur eine Bezeichnung: das ist eine Lumperei. Da wird die ganze Stadt mit Extra-Blättern überflutet, die die allerhöchsten Anklagen gegen die Gemeindeverwaltung erheben und die allerhöchsten Befürchtungen zu erwecken drohen. Da wird im Gemeinderat eine Debatte in höchst aufgeregtem Tone angefangen, als stünden Gott weiß welche Lebensinteressen des Wiener Volkes auf dem Spiele. Und wenn man hinhört und fragt, was denn eigentlich los ist, was stellt sich dann heraus? Nun, die Christlichsozialen leisten sich einfach eine Spekulation darauf, daß sich die Masse der Bevölkerung über fachliche bautechnische Fragen selbstverständlich nicht selbst ein Urteil bilden kann, und es also jedem, der solche Mittel nicht verachtet, leicht möglich ist, damit, daß er ein paar bauliche Sachausdrücke hinwirft, denjenigen, die sich selbst nicht auskennen, alles mögliche einzureden. Es ist jedenfalls eine Neuerung im politischen Kampfe: sozialagen die Einführung des Grubenbundes in die Politik.

Schon vor längerer Zeit hörte man, daß bei zwei Gemeindebauten, die in Döbling aufgeführt werden, Senkungen vorgekommen sind. Das kommt nun bei Neubauten auch sonst nicht selten vor. Daß bei einem Bau mit schlechtem Untergrund, wie es der Bau in der Heiligenstädterstraße ist, auf einem kleinen Teil der Hausfront bei dem Bau eine Senkung vorkommt, ist natürlich gar nichts Ungewöhnliches. Die Gemeinde vergütet die Durchführung an bewährte Baufirmen und sichert sich durch Verträge, daß die Baufirmen für jeden Schaden, den sie durch schlechte Ausführung anrichten, haften; ja, was kann die Gemeindeverwaltung mehr tun? Sobald die Senkungen erfolgt waren, hat das städtische Bauamt nicht nur selbst die strengste Untersuchung eingeleitet, sondern auch den ersten Sachmann Wiens, den Professor Dr. Saliger, erucht, zu überprüfen, warum eine sonst bewährte Fundierungsmethode in diesem Falle nicht genügt hat, und welche Maßregeln zur Behebung des Schadens angewendet werden sollen; ja, was konnte die Gemeinde mehr machen? Die Gemeindeverwaltung hat zwei christlichsozialen Gemeinderäten, die Baumeister sind, Gelegenheit geboten, selbst an Ort und Stelle die Sache zu prüfen; man stelle sich einmal vor, ob Herr Dr. Seipel der sozialdemokratischen Opposition im Nationalrat je gleiche Möglichkeit der Kontrolle einräumen würde, etwa irgendwelche Gebrechen bei einem Bundesbau, oder in einem Bundesbetrieb zu unteruchen! Kann die Gemeinde mehr tun, als sie getan hat? Aber freilich, die Christlichsozialen Gemeinderäte kamen nicht zu der Sitzung, in der sie auf Grund ihrer eigenen Beobachtungen mit dem Bauamt die technische Frage, ob die bei dem Heiligenstädter Bau gewählte Fundierung zweckmäßig ist oder nicht, erörtern sollten, sie warteten auch nicht das fachliche Urteil des Professors Saliger ab, sie taten nur eines: sie liefen in die Redaktion des Seipel-Blattes und schlugen Alarm, als ob die Frage, ob man zur Fundierung in solchem Falle zylinderförmige oder tonische Pfeile wählen soll, eine Frage der politischen Weltanschauung wäre!

Es ist eine plumpe Demagogie, die die Herren da angefangen haben; aber freilich, eine Demagogie, die ganz bestimmten Zwecken dient. Seit einiger Zeit versucht es die Hausherrendemagogie, den Eindruck zu erwecken, die Gemeinde könne und solle nicht bauen. Bauen kann und soll natürlich nur die kapitalistische Bauspekulation! Die hat ja bekanntlich — ihr könnt es in allen Arbeitervierteln sehen! — so vortrefflich, so herrlich gebaut! Was soll diese Gebe? Nun, es ist ja klar: Kann die Gemeinde nicht bauen, so muß eben das Privatkapital bauen; damit es aber bauen könne, muß selbstverständlich — der Mieterschutz abgebaut werden! Man versteht also, warum gerade jetzt mit allen Mitteln der Demagogie der Eindruck erweckt werden soll, daß die Gemeinde zu bauen unfähig und daher die Ermöglichung der privaten Bauspekulation, der



Skandal!

Da der kommunale Wohnbau eine enorme Werbewirksamkeit zugunsten der Sozialdemokratie entfaltet, agitiert das bürgerliche Lager mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen. In publizistischen Kampagnen werden der Mieterschutz, die Wohnbau- und andere sogenannte „Breitner-Steuern“ diffamiert und die angebliche qualitative Unzulänglichkeit der Gemeindebauten angeprangert.

Am 21. Oktober 1927 erscheint eine „Extra-Ausgabe“ der *Reichspost*, in der in riesigen Aufmacherlettern verkündet wird: „**Große städtische Neubauten gefährdet!**“ Weiters heißt es, dass bei dem „Riesenbau in der Heiligenstädterstraße“ – also dem heutigen Karl-Marx-Hof – „katastrophale Baugebrechen festgestellt“ worden seien und sich „die Haupt- und Mittelmauern in einer Ausdehnung von 100 Metern bis zur Einsturzgefahr gesenkt“ hätten.

„Die Ursachen dieser folgeschweren Erscheinungen“ – so die christlichsoziale Propaganda weiter – „liegen in einer unzulänglichen Bauführung, die in dem bei den städtischen Neubauten angewandten Sparsystem begründet ist.“

Riesiges Gemeindevermögen gefährdet.

„Die Baukosten für den Heiligenstädter Bau sind mit 295 Milliarden beziffert. Ein großer Teil dieser Summe muß heute bereits als verloren betrachtet werden“, heißt es auf der Rückseite der „Extra-Ausgabe“. Die Hetzschrift endet mit dem Aufruf: „Mit dem Skandal bei den Gemeindebauten muß Schluß gemacht werden!“

„**Der Fluch der bösen Tat**“, titelt die *Reichspost* tags darauf auf Seite eins: „Ueber die Mietkasernenbauten der Gemeinde Wien senken sich die Schatten des Todes.“ Die Rede ist von „fanatischer, weil parteipolitischer Drauflosbauerei“ und von „riesigen Summen der Steuerzahler“, die auf dem Spiel stünden. „Schuldig ist das System dieser beispiellosen Zinkasernenbauerei, schuldig ist die falsche Wohnpolitik der Rathausmarxisten, die es sich in den Kopf gesetzt haben, die Natur durch himmelblaue (sic!) Doktrinen zu vergewaltigen. [...] Die Kommunalmarxisten sind zu Gefangenen ihres Vorhabens geworden, die Hausbesitzer zu enteignen, das Mietwesen zu kommunalisieren und Monopolherren auf dem Wohnungsmarkte zu werden.“

Über den sozialen Wohnbau im allgemeinen urteilt das Blatt, „daß die Gesamtheit dieser kommunalen Zinkasernen durch und durch verfehlt, eine monumentale bauliche Verirrung, ein volkswirtschaftlicher Mißgriff, eine wohnpolitische Ungeheuerlichkeit, ein soziales Unglück darstellt.“

Die bürgerlich-liberale *Neue Freie Presse* hingegen kalmiert ihre Leser: „Wir glauben, daß es unrichtig ist, die Angelegenheit der Bauschäden zu Alarmschreien zu benutzen. Von kompetenter technischer Seite wird versichert, daß keine Katastrophe drohe...“

Einsturzgefahr bei städtischen Neubauten.

Am 21. Oktober 1927 meldet die christlichsoziale *Reichspost*: „Wie wir erfahren, haben sich bei einigen Neubauten der Gemeinde Wien, die noch nicht vollendet sind, derart schwere Baugebrechen gezeigt, daß nach dem Urteile von Fachleuten eine Repa-

ratur unmöglich ist und die Bauten, die bereits bis zu den oberen Stockwerken gediehen sind, abgetragen werden sollten.“

Zur weiteren gezielten Panikmache heißt es am Ende des Artikels lapidar: „Bisher konnte

nicht erhoben werden, wie viele Wohnungsbauten der Gemeinde Wien nach diesem verfehlten Bausystem aufgerichtet wurden. Nach fachmännischem Gutachten bedeuten alle Häuser, die auf diese Weise erbaut wurden, eine öffentliche Gefahr.“

Große städtische Neubauten gefährdet!

Infolge eines Alarms hat eine amtliche Kommission des Wiener Stadtbauamtes, der auch Vertreter des gemeinderätlichen Bauausschusses beigezogen wurden, gestern, Donnerstag, zwei städtische Wohnhausneubauten besichtigt:

Den Riesenbau in der Heiligenstädterstraße und den Bau in der Hagenmüllergasse auf der Landstraße.

Die Kommission hat auf diesen Baustellen

katastrophale Baugebrechen

festgestellt.

In dem einen Kilometer langen Neubau vor dem Heiligenstädter Bahnhof haben sich

die Haupt- und Mittelmauern in einer Ausdehnung von 100 Metern bis zur Einsturzgefahr gesenkt.

Bei den Hauptmauern betragen die Senkungen 4 bis 5 cm, bei den Mittelmauern 14 Zentimeter. Die Folge ist, daß die Betonträger glatt abgerissen sind und nur noch durch die Eisenstäbe halten, die den Beton durchlaufen.

Um der aus diesem schweren Baugebrechen drohenden Gefahr zu begegnen, hat man nun Traverfen eingesetzt. Die Maßregel erweist sich als völlig unzulänglich.

Hofrat Dr. Saliger von der Technischen Hochschule mußte damit betraut werden, ein Gutachten für die schnellig durchzuführende Rettungsaktion zu erstatten.

In dem Neubau in der Hagenmüllergasse

haben sich bedeutende Mauereinsenkungen eingestellt, so daß

die Hauptmauer zur Straße hinaus hängt

und auch diesem Neubau ein Zusammenbruch droht.

Die Ursachen

Dieser folgeschweren Erscheinungen liegen in einer unzulänglichen Bauführung, die in dem bei den städtischen Neubauten angewandten Sparsystem begründet ist.

Dem Riesenbau in der Heiligenstädterstraße wurde keine Unterfütterung gegeben. Die Piloten, die den Bau tragen sollen, wurden ohne ausreichende Sicherung in den weichen Schwemmböden gesenkt; außerdem wurde schlechter Beton – wie verlautet, in der unzulänglichen Mischung von 1:8 – verwendet. Die Tragpfeiler erwiesen sich infolgedessen als zu schwach.

Ähnliche Mängel der Bauführung schufen die bedrohliche Lage für den Neubau in der Hagenmüllergasse.

Riesiges Gemeindevermögen ist damit gefährdet.

Die Baukosten für den Heiligenstädter Bau sind mit

295 Milliarden

beziffert. Ein großer Teil dieser Summe muß heute bereits als verloren betrachtet werden.

Der Bauunternehmer kann nicht im vollen Umfange für die katastrophalen Baugebrechen haftbar gemacht werden. Denn die Baubedingungen bestimmt die Gemeinde Wien; diese stellt auch das Baumaterial zur Verfügung.

Die traurigen Ergebnisse dieser Bauwirtschaft werden heute im Wiener Gemeinderat besprochen werden.

Alle Versuche, diesen schweren Mißbrauch mit Gemeindegeldern zu vertuschen, werden umsonst sein. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht, die volle, ungefälschte Wahrheit zu erfahren und die

Verfolgung der Schuldigen

zu fordern.

Mit dem Skandal bei den Gemeindebauten muß Schluß gemacht werden!

Lügen und Übertreibungen über „Senkungen“ bei zwei Gemeindebauten.

Eine Debatte im Gemeinderat.

Eine Lumperei ist gestern verübt worden. Am Morgen erzählte die „Reichspost“ von einer „Einsturzgefahr bei städtischen Neubauten“: sie behauptete schon das, und zwar wider besseres Wissen, es hätten sich bei „einigen Neubauten“ angeblich „derart schwere Baugebrechen gezeigt“, daß „eine Reparatur unmöglich ist und die Bauten, die bereits bis zu den oberen Stockwerken gebieken sind, abgetragen werden müßten“. Aber diese Entstellungen und Übertreibungen waren noch gar nichts: die „Reichspost“ ließ am Nachmittag eine Extraausgabe erscheinen, mit der zwei Absichten verfolgt wurden: nämlich auf der einen Seite ein Geschrei zu machen, was eine publizistische Unanständigkeit ist, auf der anderen Seite eine Panik in der Bevölkerung hervorzurufen, die sich gegen die Gemeinde lehnen sollte. In diesem „Extrablatt“ werden nun, natürlich in Riesenlettern, die allergrößten Lügen vorgebracht: „Katastrophale Baugebreche“, riesiges Gemeindevermögen gefährdet, mit dem Skandal bei den Gemeindebauten muß Schluss gemacht werden! — man merkt es der edlen Seele an, wie glücklich sie wäre, wenn bei irgendeinem Gemeindebau wirklich etwas Ernstes passierte! Sie würde wohl jubeln, wenn ein Bau wirklich einfiel! Daß mit dieser Extraausgabe bewußt „ein falsches für die öffentliche Sicherheit beunruhigendes Gerücht“ verbreitet wurde, unterliegt keinem Zweifel; wenn es nicht das Regierungsblatt wäre, würde es auch dem Staatsanwalt klar sein. Das Stadtbauamt hat sofort, also schon Freitag vormittag, eine amtliche Darstellung gegeben, in der festgestellt wird, daß von einem Abtragen aufgebaute Geschosse und dergleichen keine Rede sein kann“, daß die Behauptung, es sei schlechtes Material verwendet worden oder daß die Bauaufsicht nicht entsprechend war, vollkommen aus der Luft gegriffen ist.“

Aber der Bürgermeister hat sich damit nicht begnügt, sondern die Sache sofort, in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates, zur Debatte gestellt. Zuerst berichtete dem Gemeinderat Stadtrat Breitner, der das Ressort stellvertretungsweise führt; und dann der Stadtbaudirektor, aus dessen eingehenden Darlegungen hervorgeht, daß es sich um eine völlig vereinzelte und dabei von der Technik nicht voraussehbare Sache handelt, die übrigens durchaus heftigbar ist. Und schließlich legte Breitner dar, daß die Gemeindeverwaltung doch nicht die geringste Schuld trifft: sie hat mit dem Bau eine erste Baufirma beauftragt, und ist überdies in den Verträgen gegen jeden Schaden geschützt. Kann man sich also eine größere Lumperei denken als eine derartige Aufbauschung eine Zwischenfall bei einem Bau zu politisch-tendenziosen Zwecken? Dabei spielen die Christlichsozialen eine besonders schäbige Rolle noch deshalb, der letzten Klarstellung, damit sie können! Und ihre Biber dem Bauamt Professor Saliger, also an den ersten, wenden, aber dem Biber, wie ihn die Blindlings zu verteideln! Statt Gehör zu geben abzuwarten, erging Biber, Pfeiffer in Gemeindeverwaltung gar keine Verdachtsleuchte die schäbige Gemeinde trifft wieder eine Schaden: „

das Stadtbauamt selbst, das vom ersten Anbeginn an durch Höhenmessungen und Nivellements, die ja bei jedem Bau unausgesetzt stattfinden, die über das normale Maß hinausgehenden Senkungen festgestellt hat. Das Stadtbauamt war es selbst, das die Vorkehrungen getroffen hat, um die mit der zunehmenden Belastung natürlich härter in Erscheinung tretenden Setzungen zu vermeiden.

Diese technischen Arbeiten sind bereits seit Wochen fertig abgeschlossen und es sind bei den Bauten neue Setzungen oder sonst Erscheinungen, die irgendwie zur Beunruhigung Anlaß geben, nicht aufgetreten.

Das Stadtbauamt ist aber über dieses Maß der Pflichterfüllung noch hinausgegangen und hat den Professor an der Technischen Hochschule in Wien, Ingenieur Dr. Saliger, der europäischen Auf geniehi, damit beauftragt, die beiden Bauten zu überprüfen. Es wurde veranlaßt, daß dies in der schranklosesten Weise geschieht, so daß nimmere einem allerersten Fachmann Gelegenheit gegeben wird, sein Urteil zu fällen, das selbstverständlich für alle schon nach zu treffenden Maßnahmen bestimmend sein wird. Im technischen Ausschuss ist am Mittwoch von dem Gemeinderäten Biber und Willif diese Sache zur Sprache gebracht worden. Damals hat schon der Stadtbauamt die fachlichen Aufschlüsse gegeben. Die Herren haben den Wunsch geäußert, daß Mitglieder des technischen Ausschusses Gelegenheit erhalten, sich an Ort und Stelle selbst ein Bild über diese Setzungen und der dadurch entstehenden Wirkungen zu machen.

Diesem Verlangen wurde selbstverständlich ohne weiteres entsprochen

und die beiden Herren haben unter Zuziehung der beiden Gemeinderatsmitglieder der Mehrheit, Biber und Biber, gestern dieses Bauamt in der Heiligenstädterstraße eingehend besichtigt. Diese Besichtigung hat nach dem hier erstatteten Bericht von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gedauert. Es hat dann die Anregung gemacht worden, daß diese beiden Herren heute um vier Uhr neuerlich beim Stadtbauamt zusammenzutreten, um sich über ihre Eindrücke zu äußern und allenfalls Anregungen zu geben, kurz, um diese Angelegenheit zu besprechen. Dieser Vorgang hätte es ermöglicht, daß Mitglieder des Gemeinderatsausschusses, die Sachleute sind, diese Sache als technisches Problem erörtern. Gemeinderat Biber hat seine Anfrage im Gemeinderatsausschuss mit den Worten eingeleitet, es liege ihm fern, die Bevölkerung zu alarmieren, Behauerlichdeweise

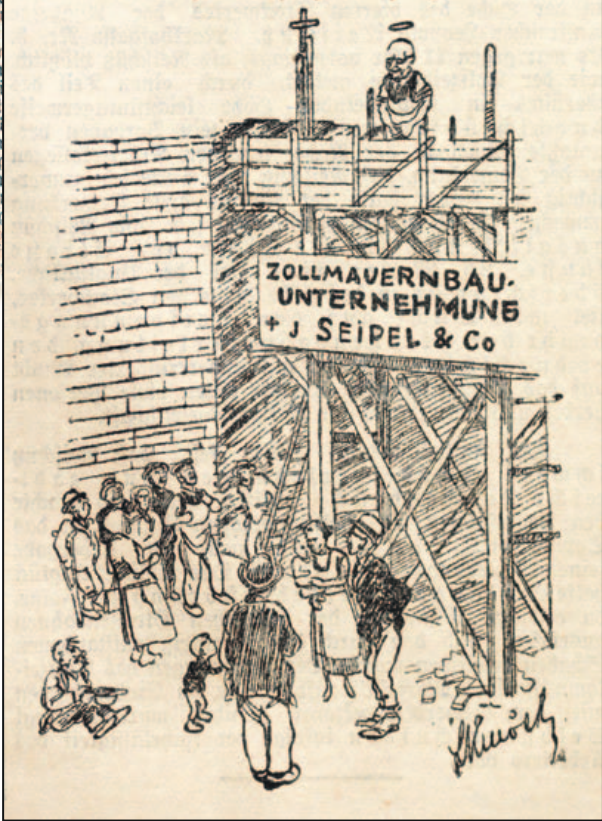
ist aber diese Ansprache abgesagt worden und das technische Problem wurde politisiert.

Ich glaube aber, daß es gerade für den Wiener Gemeinderat notwendig ist, die Erörterung wieder auf den Boden der Sachlichkeit zurückzuführen. Ich erlaube daher an den Bürgermeister die Bitte, er möge gestatten, daß der Gemeinderat alle Aufschlüsse erteilt. (Beifall)

or berichtet.

an dem Ingenieur Dr. Musil den hier kritisierten Fälle der Anwendung gekommenen Wigen, ist es notwendig, die Technik einen so hatte, wie in den letzten der Dertlichkeiten, deren r, von Bauten ganz frei geordnete Bauten darauf von Baugrund kann leiten. Hier muß wohl die Verhältnisse erfordern, Techniker in den letzten Forderungen, auch nichttragfähigen man den Beton sanfte, in nichts übrig, als in diese dann durch

Mauern, die sich nicht senken.



Eine hitzige Debatte.

Am 21. Oktober 1927 kommt es im Wiener Gemeinderat zu einer erbittert geführten Debatte, die, nach Beurteilung der verhältnismäßig neutral berichtenden *Neue Freien Presse*, „durch die außerordentliche Depression bei den Sozialdemokraten“ charakterisiert war, deren Verteidigung das bürgerliche Blatt als „matt und unwirksam“ beschreibt.

Die *Reichspost* hingegen setzt tags darauf unter dem Titel „Wie die Wiener Gemeindeherren bauen“ ihre Hetzkampagne fort: „Die Bauweise bei den Wiener städtischen Wohnhausbauten ist jetzt bloßgelegt. Den christlichsozialen Gemeinderäten ist es endlich gelungen, in dieses lang verhüllte Geheimnis einzudringen und durch einen Lokalausgleich das Bausystem, seine Fehler und seine Schäden kennen zu lernen. [...] GR Biber schilderte in der heutigen Gemeinderatssitzung sachlich und leiden-

schaftslos seine Wahrnehmungen. Seine Ausführungen wirkten erschütternd und machten auch auf die Mehrheit tiefen Eindruck. Was er über die Schäden bei den Bauten in der Heiligenstädterstraße und Hagenmüllergasse erzählte, ist so entsetzlich, daß es in der Bauchronik Wiens kaum ein Seitenstück gibt. [...] Die Sozialdemokraten waren über diese Auslassungen niedergeschmettert und ließen die vernichtende Kritik über sich ergehen, ohne nur den Versuch einer Abwehr zu machen.“

Völlig konträr berichtet naturgemäß die *Arbeiter-Zeitung* vom 22. Oktober 1927 über diese „Lügen und Übertreibungen...“: „[...] man merkt es der edlen Seele an, wie glücklich sie wäre, wenn bei irgendeinem Gemeindebau wirklich etwas Ernstes passierte! Sie würde wohl jubeln, wenn ein Bau wirklich einfiel!“

sonstigen Stöße zuzunehmen und verzichtet darauf, diese Stöße durch die weniger guten Setzungen in den gemauerten Wänden zu vermeiden. Die so geklagten schwebenden Wände brauchen dann nur in ihren Köpfen durch einen kräftigen Betonrost zur gemeinsamen Tragwirkung und zum Lastenausgleich verbunden zu werden und man kann über diesen Betonrost auch die höchsten Mauerwerke aufbauen.

Lügen und Übertreibungen über „Senkungen“ bei zwei Gemeindebauten.

Eine Debatte im Gemeinderat. Arbeiter-Zeitung, 22.10.1927.

Orten mit größtem Erfolg angewendet worden. Im Jahre 1904 wurde das Haus Wiberstraße Nr. 20 im angeschütteten Boden von elf Meter Mächtigkeit, darunter

Wie die Wiener Gemeindeherren bauen.

Eine vernichtende Kritik im Wiener Gemeinderat. — Die Bauschäden in der Heiligenstädterstraße und in der Hagenmüllergasse. Reichspost, 22.10.1927.

berettungsbereiten, schwierigen Setzungen, vom Vorfragen zur Grundwassererhebung ufm. unabhängig. Wenn bei

Wie die Wiener Gemeindeherren bauen.

Eine vernichtende Kritik im Wiener Gemeinderat. — Die Bauschäden in der Heiligenstädterstraße und in der Hagenmüllergasse.

Die Bauweise bei den Wiener städtischen Wohnhausbauten ist jetzt bloßgelegt. Den christlichsozialen Gemeinderäten ist es endlich gelungen, in dieses lang verhüllte Geheimnis einzudringen und durch einen Lokalausgleich das Bausystem, seine Fehler und seine Schäden kennen zu lernen. Gebräuch wurde darüber seit langem, aber es fehlten die entsprechenden Beweise und auch jetzt hat nur ein Zufall zwei Fachleute aus dem Kreise des christlichsozialen Gemeinderats, Ing. Biber und Baumeister Willif, auf Baustellen geführt, weil es einmal ausgefallen war, die Gebrochen weiter zu verlaufen. Der Versuch wurde auch bei den beiden kommissionierten Bauten unternommen, gleichwohl konnten die christlichsozialen Vertreter Feststellungen machen, die die schlimmsten Befürchtungen übertraten. GR Biber schilderte in der heutigen Gemeinderatssitzung sachlich und leidenschaftlos seine Wahrnehmungen. Seine Ausführungen wirkten erschütternd und machten auch auf die Mehrheit tiefen Eindruck. Was er über die Schäden bei den Bauten in der Heiligenstädterstraße und Hagenmüllergasse erzählte, ist so entsetzlich, daß es in der Bauchronik Wiens kaum ein Seitenstück gibt. Ein privater Bauherr würde bei der gleichen Bauweise ohne weiteres eingekerkert werden, wenn ihn nicht das Bauamt selbst zur Sorgfalt erziehen würde.

Nach den sachlichen Erörterungen, die die Mitteilungen in unserer heutigen Extraausgabe vollständig bekräftigten, beleuchtete StR. Kunisch die Bauweise der Gemeinde Wiens von der politischen Seite aus und wies der Mehrheit ein ganzes Sündenregister vor. Die Sozialdemokraten waren über diese Auslassungen niedergeschmettert und ließen die vernichtende Kritik über sich ergehen, ohne nur den Versuch einer Abwehr zu machen. Sie mußten sich dazu verleben, einem Antrag Kunisch beizupflichten, in welchem die Überprüfung der Baugebreche begehrt wird.

Die sozialdemokratische Mehrheit trifft die volle Verantwortung für die traurigen Verhältnisse.

Nachstehend der Bericht: Dem. Seit gab zu Beginn der Sitzung nachstehende Erklärung ab: Es ist mir vor kurzem gemeldet worden, daß bei zwei Gemeindebauten Senkungen vorgekommen wären. Ich habe sofort einen Bescheid des Stadtbauamtes angeordnet. Auch der Gemeinderatsausschuss V hat sich mit dem Gegenstande befaßt. Heute vormittag ist nun in einem Blatte eine Mitteilung enthalten gewesen, ein anderes Blatt und eine Extraausgabe haben in sensationeller Aufmachung darüber geschrieben, so daß wirklich die Gefahr besteht, daß bei mangelnder Kenntnis des Gegenstandes die Bevölkerung beunruhigt werden könnte. Ich setze daher den Bericht des Stadtbauamtes sofort auf die Tagesordnung.

StR. Berliner, der für den erkrankten StR. Siegel das Recht führt, sagte in seinen einleitenden Worten, daß das Stadtbauamt durch die Setzungen bei den Gemeindebauten in der Heiligenstädterstraße und Hagenmüllergasse (8. Bezirk) nicht übertrastet (!) worden sei. Das Bauamt habe vielmehr vom Anfang an die übermäßigen Setzungen festgestellt und selbst Vorkehrungen getroffen, um der Gefahr zu begegnen. Die Reparaturen seien schon vor einigen Wochen beendet worden und seitdem hätten sich keine Schäden mehr gezeigt. Trotzdem habe das Stadtbauamt den StRat Ingenieur Saliger von der Technischen Hochschule, einen unerfahrenen Fachmann, ersucht, die Baustellen zu überprüfen und ein Urteil über die Sicherheit der Bauten abzugeben. Er behaupte, daß das technische Problem verpolitisiert werden sei (Rufe: Chul) und wünsche, daß die Angelegenheit auf sachlicher Grundlage besprochen werde.

Sodann hielt Stadtbauamtsdirektor Dr. Musil einen Vortrag über Villerierung und die verschiedenen Systeme, die für den Unterbau von Häusern angewendet werden. Er erklärte, man habe früher auf schlechtem Boden überhaupt nicht gebaut (!), heute sei es aber notwendig, jedes Grundstück auszunutzen. Hunderte Wiener Häuser seien auf Holzpfählen aufgebaut, erst zu Beginn des Jahrhunderts sei der Betonpfeiler eingeführt worden,

Es habe sich das System der sogenannten schwebenden Villerierung herausgebildet, nach welchem konische Stöße aus Beton in die Erde verankert werden, wobei es nicht notwendig sei, bis auf den gemauerten Grund zu gehen. Das System bedeute einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der Villerierung und es habe sich bisher noch bei keinem Bau, der nach diesem System aufgeführt wurde, ein Vorfall gezeigt. Im Jahre 1904 kam dieses System zum erstenmal auch bei einem Gemeindewohnhausbau zur Anwendung und seither seien mehr als ein Duzend Wohnhäuser nach dem System errichtet worden. Das Fundamentationsmittel habe auch keine Schuld an den jetzt beobachteten Baugebrechen. Die Setzungen bei den beiden Bauten seien singuläre (!) Erscheinungen, aus denen man keine Folgerungen auf den Zustand der übrigen Bauten ableiten dürfe. Beim Bau Heiligenstädterstraße befürchteten sich die Setzungen auf eine Villerierung, es seien aber bereits Vorkehrungen getroffen worden, daß die Stöße nicht mehr gefährlich seien. Die Setzungen seien vollständig zum Stillstand gekommen. Die Verursachung des Schadens Saliger sei nur eine übertriebene Veranschaulichung, das Stadtbauamt wisse selbst, was zu tun sei. Es gelte nur, die Bevölkerung zu beruhigen. Es sei wieder das Bausystem schuldig, noch sei die Bauaufsicht unzulänglich, um allenvermögen sei von einem unangebrachten Ersatzsystem die Rede.

Ein Fachmann über die Bauschäden. GR. Biber erwiderte zunächst auf die Ausführungen: Das Villerierungssystem, das in der Heiligenstädterstraße angewendet wurde, soll so vorzüglich sein. Es hat sich nach den Mitteilungen des Stadtbauamtes beispielsweise bei der Überprüfung der Villerierung über den Wankung so bewährt. Ich bin gegen das System nicht zurück, aber wenn ich bei dem oben genannten Bau keine Senkung gezeigt hat, dann sind die Kommissionen bei den Wohnhausbauten um so infandist. Der Stadtbauamt hat gesagt, daß Professor Saliger vom der Technik als ein anerkannter Fachmann berufen wurde und daß das eine ganz besondere Vorlicht sei. Das Bauamt, das einmal die schönsten Bauten aufgeführt hat, das braucht heute den Professor Saliger, um sich ein Gutachten für ein baufertiges Fundament eines Wohnhausbaues zu sichern. Die beiden Bauten sind das Gegenstück, was man sich auf dem Gebiet des Baues vorstellen kann. Ein technisches Problem ist es nicht, wie man nicht zu lösen. Sie werden das nicht glauben, daß die Wiener Bevölkerung ihnen die Rührung des Professor Saliger als eine Maßnahme der Vorsicht auslegt. Das ist nicht anders, als die

Bei des Bauamtes. Das Bauamt weiß nicht mehr, was es machen soll, weil eine Katastrophe da ist, wie sie Wien noch nicht erlebt hat. (Stürmische Zustimmung der Mehrheit und Rufen bei der Mehrheit.)

Ich werde ihnen hier sagen, was wir auf dem Bau gesehen haben. Weisen Sie mir dann nach, daß ich gelogen habe und lassen Sie dann. (Beifall.) Ganz unverständlich ist es, wenn der Stadtbauamt sagt, daß diese Setzungen vorausgesetzt wurden. Es weiß doch jedes Kind, daß bei jedem Bau Setzungen vorkommen.

Aber diese Setzungen haben gar nichts zu tun mit den katastrophalen Senkungen, die auf diesen beiden Bauten festgestellt sind.

Gegenüber dem Stadtbauamt, der das System als ein glänzendes bezeichnet, müssen wir feststellen, daß hier ein Schandplatz des Stadtbauamtes vorliegt. (Zustimmung.) Wir haben festgestellt können, daß

Beim Villerierungsbau eine Villerierung in der Ausführung von rund hundert Rängen mit und damit der wesentlichen Traglast des Hauses im Besonderen begriffen war. (Beifall: Heil-Heil-Rufe.) Wir haben zuerst geglaubt, daß es sich um Villerierung handelte, die geschildert waren und haben erst dort erfahren, daß es Schwebvillerierung sind. Ich würde mich für dieses System nie entscheiden. Wenn man sich aber dafür entscheidet, muß eine ganz außerordentliche Vorsicht in der Erprobung des Gebäudes Plan treffen,

es muß mit der Villerie das Erdreich abgetastet werden und früher war es auch üblich, daß in Rinnensystem eines Ingenieurs des Bauamtes eine Probevillerie eingelegt wurde. Diese strenge Kontrolle des Bauamtes wäre auch nötig gewesen. Wir haben aber Berichte von Augenzeugen, die behaupten, es sei geradezu schrecklich,

Nachdem es den sozialdemokratischen Stadt- und Gemeinderäten offenbar nicht gelungen war, aus der Defensive herauszukommen – Bürgermeister Seitz wird mit dem Satz zitiert: „Ich weiß nicht, warum Sie mich immer apostrophieren. Ich kann nur sagen, daß von der Gemeinde kein Bau übernommen wird, bevor nicht alle Garantien und alle Sicherheiten gegeben sind, daß der Bau richtig hergestellt wird“ – konzentriert sich die *Arbeiter-Zeitung* in ihrer Berichterstattung auf die technischen Ausführungen des Stadtbauamtsdirektors Dr. Musil, der seine Erklärungen damit abschließt, dass „gar keine

Veranlassung zur Beunruhigung vorliegt. Es ist auch unrichtig, daß bei den städtischen Bauten auf Kosten der Sicherheit mit Material gespart werde oder schlechtes Material genommen wird.“

Die Karikatur „Mauern, die sich nicht senken“ in derselben Ausgabe nimmt die im Frühjahr 1927 beschlossenen Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Produkte aufs Korn, die den Absatz inländischer Erzeugnisse auf dem einheimischen Markt sichern sollten – eine Maßnahme, die vor allem zu Lasten der städtischen Bevölkerung ging.



Gasbomben über Wien!

Bübische Beunruhigung der Wiener Bevölkerung durch alarmierende Lügennachrichten des Seipelschen Regierungsblattes.

Gasbomben!

Ein Hagel von Gasbomben ist gestern über Wien niedergegangen. Das Regierungsorgan des Prälaten Seipel hat in Extraausgaben Nachrichten verbreitet, als würden die Wiener Neubauten vor dem Einsturz stehen. „Große städtische Neubauten gefährdet!“ „Katastrophale Baugebrechen!“ „295 Milliarden verloren!“ „Riesige Gemeindevermögen gefährdet!“ So wurde in Vollenlettern die Wiener Bevölkerung beunruhigt. Niederträchtiger war noch nie die Wiener Bevölkerung belogen worden, und wir scheuen uns nicht zu sagen, daß die Männer der „Reichspost“ unverzüglich verhaftet und ins Kriminal gesetzt gehören.

Was ist in Wirklichkeit geschehen? Vor Wochen schon, also nicht etwa erst gestern, hat das Stadtbauamt Senkungen des Fundaments bei den Neubauten in der Heiligenstädterstraße und in der Hagenmüllergasse festgestellt. Diese Senkungen erforderten Ergänzungen an der Fundierung, die unverzüglich vorgenommen und schon längst durchgeführt wurden. Die Senkungen wurden also zum Stillstand gebracht, die Schäden repariert, die Angelegenheit war also in Ordnung. Von einer Gefährdung des Gebäudes war also keine Rede. Am Mittwoch wurden die christlichsozialen Gemeinderäte von dieser Angelegenheit unterrichtet, am Donnerstag vormittag wurden die christlichsozialen Gemeinderäte zu den beiden Neubauten geführt, um sie durch Augenschein zu überzeugen, daß keinerlei Gefahren drohen, und für Donnerstag nachmittag wurden die christlichsozialen Gemeinderäte zu einer Sitzung des Technischen Ausschusses eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich dort anzusprechen. Plötzlich sagten die christlichsozialen Gemeinderäte ihr Erscheinen ab und gingen zum Seipel, um sich die Erlaubnis zur Fabrikation der Stinkbomben zu holen.

Ein ehrbares Volk, dieses Seipel-Volk! Sie wußten schon am Mittwoch, wie es mit dieser Sache bestellt war! Sie überzeugten sich schon am Donnerstag, daß es sich hier um ein Baugebrechen handelt, wovon keine Gefahr droht, ein Baugebrechen, das rasch gutgemacht zu werden vermag, ein Baugebrechen, wie es bei jedem Neubau auftreten kann. Das also haben die ehrenwerten Herren gewußt. Darauf gingen sie hin und erhoben am Freitag abend in Extraausgaben wider besseres Wissen ein Geschrei, als wären alle Neubauten der Gemeinde ein-

gestürzt! Ihr Stumpfan, der unschätzbare Pressefrolch Sendor Weisz, muß ins Kriminal. So übernahmen sie sein Geschäft in eigene Regie. Von diesem Revolverjournalisten hatten sie gelernt, daß sich eine Lüge bezahlt macht, wenn sie nur in recht selten Vettern ausgeführt wird. Das ehrbare Seipel-Volk hat sich darum die großartige Neuigkeit, die ihm seit Tagen bekannt war, für eine „Extraausgabe“ aufgespart und fett daran verdient. Ein ehrenwertes Volk, dieses Seipel-Volk!

Aus einem Floh hatten diese Leute einen Elefanten gemacht. Diesen Schwindel hatten ihnen Bürgermeister Seiz und Stadtrat Breitner gestern im Gemeinderat sofort abgekauft. Was sachlich zu sagen war, hatte der Stadtbau- direktor Musil besorgt: daß es sich um eine rein technische Angelegenheit handelt, die ohne Schwierigkeiten in Ordnung zu bringen ist. Breitner aber zeigte nun, welch ein erbärmliches Manöver mit der Bevölkerung aufgeführt wurde. Die Christlichsozialen wissen, daß die erste und angesehenste Wiener Baufirma mit dem Bau betraut wurde; daß die Firma zu den vereinbarten Preisen den Bau schlüsselfertig mit jeder Gewähr für die Sicherheit zu übergeben hat, daß also, welche Kosten immer aus den Senkungen erwachsen, die Firma diese Kosten zu bestreiten habe, daß also nicht ein Heller Gemeindegeld gefährdet ist. Nun zogen die Lügner wie begoffene Budeln ab. „Wir wollen nicht gerade behaupten,“ so sagte dann der Hauptdrehier, „daß es jetzt zu einer Katastrophe kommen wird.“

Die Katastrophe wurde nur in den Extraausgaben ausgeschrieben.

Mehr als dreißigtausend Wohnungen hat die Gemeinde Wien erbaut. Einhundertfünfzigtausend Menschen wohnen in den Gemeindebauten. Und noch niemals hat man Klage von ernstlichen Baugebrechen vernommen — es seien jene, die der Pressefrolch Weisz in seinen Revolverblättern erfunden hat. Es mag bei diesem oder jenem Bau schon früher zu Senkungen gekommen sein; sie mögen unvermeidlich sein, wenn der Baugrund nicht fest genug ist. Solche Senkungen wurden in Ordnung gebracht. Bei Gemeindebauten oder früher bei Privatbauten. Kein Fachmann wird darin nicht wiedergutzumachende Schäden ersehen. Zufällig hatten die Christlichsozialen Stadträte von einem Wind bekommen — und schon waren die Stinkbomben da!

Der Gasangriff auf Wien kam nicht so von ungefähr; darin liegt Methode, wohlbedachte Strategie. Herr Seipel bereitet nämlich ein Gesetz vor, um den Mieterschutz abzubauen. Der Gasangriff auf Wien hat die Aufgabe, die Wiener zu betäuben, die Wohnbautätigkeit der Gemeinde in Mißkredit zu bringen, den Wienern jene goldene Zeit wieder verlockend erscheinen zu lassen, in der die Kapitalisten gebaut, zu Nutz und Frommen ihres Geldsackes. Sie wollen gegen den Mieterschutz anstürmen — darum ließen sie zunächst einen Hagel von Gasbomben auf die Wiener nieder. Aber die Wiener werden den Gestank sofort merken und daraus die richtige Lehre ziehen.

Weniger Zurückhaltung als die *Arbeiter-Zeitung* übt das sozialdemokratische Massenmedium *Das Kleine Blatt* vom 22. Oktober 1927. „Ein Hagel von Gasbomben“, heißt es da, „ist gestern über Wien niedergegangen. Das Regierungsorgan des Prälaten Seipel hat in Extraausgaben Nachrichten verbreitet, als würden die Wiener Neubauten vor dem Einsturz stehen.“ Und weiters: „Niederträchtiger war noch nie die Wiener Bevölkerung belogen worden, und wir scheuen uns nicht zu sagen, daß die Männer der ‚Reichspost‘ unverzüglich verhaftet und ins Kriminal gesetzt gehören.“

Am Ende des Artikels stellt *Das Kleine Blatt* die ganze Affäre in einen größeren politischen Zusammenhang und bemüht sich um Aufklärung: „Der Gasangriff auf Wien kam nicht so von ungefähr; darin liegt Methode, wohlbedachte Strategie. Herr Seipel bereitet nämlich ein Gesetz vor, um den Mieterschutz abzubauen. Der Gasangriff auf Wien hat die Aufgabe, die Wiener zu betäuben, die Wohnbautätigkeit der Gemeinde in Mißkredit zu bringen, den Wienern jene goldene Zeit wieder verlockend erscheinen zu lassen, in der die Kapitalisten gebaut, zu Nutz und Frommen ihres Geldsackes. Sie wollen gegen den Mieterschutz anstürmen — darum ließen sie zunächst einen Hagel von Gasbomben auf die Wiener nieder. Aber die Wiener werden den Gestank sofort merken und daraus die richtige Lehre ziehen.“

Ann.: Ignaz Seipel (1876–1932), Obmann der Christlichsozialen Partei (1921–1929) und österreichischer Bundeskanzler (1922–1924 und 1926–1929).

Im neuen Wien.

„Sö, bitt Sie, wo ist denn da der eingestürzte Gemeindebau?“ Auf der Heiligenstädterstraße war's, wo ich an einen Schaffner die Frage stellte: „Was wollen S' haben, an eingestürzten Gemeindebau? Wo san denn Sö auskumma?“ Da ich ihm nicht gut verraten konnte, daß ich erst gestern in Stein „ausgekommen“ bin, so ging ich meinen Weg weiter, zur großen Heiligenstädter Wohnanlage. „Früher war dös amal a Koksablageplatz und der Flohzirkus hat hier seinen Sitz g'habt“, erzählt mir ein alter Mann. Heute steht hier einer der größten Wohnkomplexe. Bald werden Tausende ein neues Heim finden. „Und wo ist denn die Niveausenkung?“ erkundigte ich mich bei einem Arbeiter: „Dö is bei der ‚Reichspost!‘“ *Das Kleine Blatt*, 23.10.1927.

Im neuen Wien.

„Sö, bitt Sie, wo ist denn da der eingestürzte Gemeindebau?“ Auf der Heiligenstädterstraße war's, wo ich an einen Schaffner die Frage stellte: „Was wollen S' haben, an eingestürzten Gemeindebau? Wo san denn Sö auskumma?“ Da ich ihm nicht gut verraten konnte, daß ich erst gestern in Stein „ausgekommen“ bin, so ging ich meinen Weg weiter, zur großen Heiligenstädter Wohnanlage. „Früher war dös amal a Koksablageplatz und der Flohzirkus hat hier seinen Sitz g'habt“, erzählt mir ein alter Mann. Heute steht hier einer der größten Wohnkomplexe. Bald werden Tausende ein neues Heim finden. „Und wo ist denn die Niveausenkung?“ erkundigte ich mich bei einem Arbeiter: „Dö is bei der ‚Reichspost!‘“

Vor dem Gemeindeneubau in der Heiligenstädterstraße.

- „Sö Herr, können S' mir net sag'n, wo da der eingestürzte Neubau is?“
- „Durt'n wo der Seipel seine Gasbomben fabriziert!“

Das Kleine Blatt, 25.10.1927.



Vor dem Gemeindeneubau in der Heiligenstädterstraße.
– „Sö Herr, können S' mir net sag'n, wo da der eingestürzte Neubau is?“
– „Durt'n wo der Seipel seine Gasbomben fabriziert!“

Die Presse und die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien.

Von Zivilarchitekt Heinrich Schmid.

Hier steht sich gegen die Mißachtung, die die bürgerliche Presse den Wohnhausbauten der Gemeinde zufügt, ein Architekt zur Wehr. Wir geben ihm gern das Wort.

Es ist notwendig, endlich einmal unpolitisch und aufrichtig über die Einstellung eines Teiles der Wiener Presse zu den Wohnhausbauten der Gemeinde zu sprechen. In deutschen, englischen, französischen, aber auch in nord- und südamerikanischen Zeitungen erscheinen wiederholt eingehende Berichte über die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien. Ich selbst erhalte häufig von Freunden, die im Ausland leben, Abbildungen und Ausschnitte aus Zeitungen, welche die von mir und anderen Wiener Architekten entworfenen Bauten behandeln. Nur in den Wiener Zeitungen – soweit sie eine gegen die Gemeindeverwaltung gegnerische politische Einstellung haben – bewahrt man über diese Bauten entweder eifriges Schweigen oder man findet höchstens abfällige Pauschalurteile.

Die finanzielle Frage des Gemeindefohnbaus will ich nicht erörtern, denn das ist eine politische Frage. Man muß vielmehr gegenüber den Versuchen, die Bautätigkeit der Gemeinde und viele daran beteiligte Architekten aus politischen Gründen herabzusetzen, die Dinge rein sachlich betrachten. Was geschieht aber in Wien? Da brachte zum Beispiel erst kürzlich eine Wiener Tageszeitung im Nachwort zu dem Gutachten der Sachverständigen über die Bauten in der Heiligenstädterstraße eine Betrachtung über diesen Bau. Er wird als „Wohnkaserne“, welche die Gegend „verschandle“, als bleibender „hässlicher Kleck“, der das reizende Landschaftsbild „verpatze“, und dergleichen hingestellt. Ich kenne diese von dem Architekten Oberbaurat Ehn entworfenen Bauten gut, und es ist nicht nur mein subjektives Urteil, sondern die Meinung vieler Architekten, daß gerade dieser Bau eine ganz ausgezeichnete städtebauliche und architektonische Lösung darstellt.

Man kann zu diesem Bauwerk, das in seinen Formen der Baugesinnung moderner Menschen entspricht, gewiß auch eine gänzlich andre ästhetische Einstellung haben, dies berechtigt aber noch lange nicht, das Werk eines Baukünstlers, der sein ganzes Sein in den Dienst einer solchen Aufgabe stellt, so verächtlich herabzusetzen. Dabei sehe ich ganz davon ab, daß der Bau noch zu zwei Dritteln unfertig ist. Wer kann in einem solchen Stadium ein Bauwerk überhaupt abschließend kritisieren, ja sich nur eine Vorstellung von seiner künftigen Wirkung bilden?

Diese Zeitungen, die aus ihrer politischen Einstellung die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien entweder grundsätzlich abfällig kritisieren oder überhaupt totschweigen, haben sich bestimmt noch keine Gedanken darüber gemacht, daß sie damit eigentlich viel weniger die Verwaltung der Gemeinde Wien treffen als die Architekten, die diese Bauten entwerfen. Duzende und aber Duzende Abhandlungen und Bilder in fremdländischen Zeitungen, eine Unzahl von ausländischen Besuchern und Exkursionen beweisen das große Interesse, das man in weiten Kreisen des Auslandes an dieser Bauphase Wiens nimmt. Drei Viertel der Wiener Presse schweigt sich hingegen über die Leistungen der heimischen Baukünstler entweder ganz aus oder setzt sie pauschaliter herunter. Und dies alles, weil man wieder einmal, wie so oft in Österreich Politik und sachliche Arbeit nicht auseinanderhalten kann oder will!

Dieser Zustand ist für die Wiener Architekten eine unerbittliche Beleidigung und Herabsetzung und schädigt sie auch wirtschaftlich. Die Presse kann und darf Leistungen von solcher kultureller und sozialer Bedeutung, wie es die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien eben einmal sind, auf die Dauer nicht einfach ignorieren, ohne sich damit schließlich selbst Schaden zuzufügen. Die Presse ist ein Faktor der Kultur, sie hat daher auch die Verpflichtung, sich mit den Werken der Baukünstler zu befassen, denn das Bauen war immer ein integrierender Bestandteil der Kultur eines Volkes. Die Monumentalbauten auf der Ringstraße haben dem Zentrum unserer Vaterstadt den Stempel einer Kulturepoche aufgeprägt; mit den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien beginnt ebenso eine neue Kulturepoche, nur sind es keine Luxusbauten, die errichtet werden, sondern menschenwürdige Heimstätten für die arbeitende Bevölkerung Wiens. Man gehe in ein Vorstadtzinshaus aus der Vorkriegszeit und sehe sich Küchen und Wohnräume an, die in sechs Quadratmeter große „Lichthöfe“ oder auf dunkle, stinkige Gänge münden, und besuche dann unmittelbar darauf einen der großen Komplexe der Wiener Wohnhausbauten und besichtige Wohnungen, die an Gartenhöfen von 1600 bis 2000 Quadratmeter Ausdehnung liegen! Wer dann noch nicht zugibt, daß

durch diese Wohnhausbauten eine neue Bauphase im Wohnbau eingetreten ist, der will eben nicht sehen!

Ich habe die Ueberzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Architekten mir zustimmt, wenn ich sage, daß wir von der Presse – ohne Unterschied der Parteirichtung – fordern müssen, daß endlich die Leistungen der Architekten auf dem Gebiet des Wohnhausbaues rein sachlich und objektiv beurteilt werden und die bisherige einseitige politische Einstellung einer Wertung, die nur die künstlerische und soziale Leistung würdigt, weiche. Dies hindert nicht im geringsten, die Bautätigkeit der Gemeinde vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt auch weiterhin zu bekämpfen, wenn man es für notwendig findet!

Die Gemeinde Wien läßt ihre Wohnhausbauten durch eine große Zahl Wiener Architekten, von konservativster bis zu extremster neuzeitlicher Baugesinnung, entwerfen, ohne den Architekten in der Formgebung irgend welche Vorschriften zu machen oder Einwendungen zu erheben. Die Gemeinde steht vielmehr auf dem rückhaltlos zu billigen Standpunkt, daß die Baukünstler für ihr Schaffen vor ihrem eigenen künstlerischen Gewissen und vor ihren Mitmenschen allein verantwortlich sind. Abfällige Baukritiken in verlegender Art über die Architektur der Wohnhausbauten – wie sie leider häufig vorkommen – treffen daher die Wiener Architektenschaft und nicht die Gemeinde Wien.

Man möge die von uns Architekten entworfenen Wohnhausbauten der Gemeinde Wien ruhig nach allen Richtungen kritisieren – Kritik bringt Fortschritt mit sich –, aber immer mit einem Gefühl der Achtung vor der geistigen Leistung und der Opferwilligkeit, die ein angesehener Stand für die ihm anvertrauten Bauaufträge aufwendet. Die Kritik über die Werke der Baukünstler sollte eben auf demselben anständigen Niveau sein, wie sie für die anderen Künste für selbstverständlich gilt, was natürlich nur solche Kritiker zustande bringen, denen ein maßgebendes Urteil über Baukunst zusteht.



© Bezirksmuseum Döbling

Die Presse und die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien.

Von Zivilarchitekt Heinrich Schmid.

In der *Arbeiter-Zeitung* vom 24. Juli 1928 erscheint eine ausführliche Verteidigungsschrift des kommunalen Wohnbaus aus der Feder des Architekten Heinrich Schmid. Der Otto Wagner-Schüler hatte, gemeinsam mit seinem Partner Hermann Aichinger, bereits während des Ersten Weltkriegs das heutige Hanusch-Krankenhaus errichtet und 1922 den Auftrag für das Verwaltungsgebäude des Österreichischen Verkehrsbüros gegenüber der Secession erhalten. Im Roten Wien nimmt das Büro Schmid-Aichinger bald eine führende Stellung im Volkswohnbau ein und wird mit der Planung mehrerer prestigeträchtiger „Superblocks“ beauftragt. Von Schmid-Aichinger stammen u.a. die Entwürfe zum Rabenhof in Erdberg, zum



© ÖNB

Matteottihof in Margareten, zum Fuchsenfeldhof in Meidling und zum Somogyihof in Penzing.

„In deutschen, englischen, französischen, aber auch in nord- und südamerikanischen Zeitungen erscheinen wiederholt eingehende Berichte über die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien. Ich selbst erhalte häufig von Freunden, die im Ausland leben, Abbildungen und Ausschnitte aus Zeitungen, welche die von mir und anderen Wiener Architekten entworfenen Bauten behandeln. Nur in den Wiener Zeitungen – soweit sie eine gegen die Gemeindeverwaltung gegnerische politische Einstellung haben – bewahrt man über diese Bauten entweder eifriges Schweigen oder man findet höchstens abfällige Pauschalurteile. [...]

Was geschieht aber in Wien? Da brachte zum Beispiel erst kürzlich eine Wiener Tageszeitung im Nachwort zu dem Gutachten der Sachverständigen über die Bauten in der Heiligenstädterstraße eine Betrachtung über diesen Bau. Er wird als „Wohnkaserne“, welche die Gegend „verschandle“, als bleibender „hässlicher Kleck“, der das reizende Landschaftsbild „verpatze“, und dergleichen hingestellt. Ich kenne diese von dem Architekten Oberbaurat Ehn entworfenen Bauten gut, und es ist nicht nur mein subjektives Urteil, sondern die Meinung vieler Architekten, daß gerade dieser Bau eine ganz ausgezeichnete städtebauliche und architektonische Lösung darstellt. [...]

Dutzende und aber Dutzende Abhandlungen und Bilder in fremdländischen Zeitungen, eine Unzahl von ausländischen Besuchern und Exkursionen beweisen das große Interesse, das man in weiten Kreisen des Auslandes an dieser Bauphase Wiens nimmt. Drei Viertel der Wiener Presse schweigt sich hingegen über die Leistungen der heimischen Baukünstler entweder ganz aus oder setzt sie pauschaliter herunter. [...]

Die Monumentalbauten auf der Ringstraße haben dem Zentrum unserer Vaterstadt den Stempel einer Kulturepoche aufgeprägt; mit den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien beginnt ebenso eine neue Kulturepoche, nur sind es keine Luxusbauten, die errichtet werden, sondern menschenwürdige Heimstätten für die arbeitende Bevölkerung Wiens. Man gehe in ein Vorstadtzinshaus aus der Vorkriegszeit und sehe sich Küchen und Wohnräume an, die in sechs Quadratmeter große „Lichthöfe“ oder auf dunkle, stinkige Gänge münden, und besuche dann unmittelbar darauf einen der großen Komplexe der Wiener Wohnhausbauten und besichtige Wohnungen, die an Gartenhöfen von 1600 bis 2000 Quadratmeter Ausdehnung liegen! Wer dann noch nicht zugibt, daß durch diese Wohnhausbauten eine neue Bauphase im Wohnbau eingetreten ist, der will eben nicht sehen! [...]

Die Gemeinde Wien läßt ihre Wohnhausbauten durch eine große Zahl Wiener Architekten, von konservativster bis zu extrem neuzeitlicher Baugesinnung, entwerfen, ohne den Architekten in der Formgebung irgend welche Vorschriften zu machen oder Einwendungen zu erheben. [...]

Man möge die von uns Architekten entworfenen Wohnhausbauten der Gemeinde Wien ruhig nach allen Richtungen kritisieren – Kritik bringt Fortschritt mit sich –, aber immer mit einem Gefühl der Achtung vor der geistigen Leistung und der Opferwilligkeit, die ein angesehener Stand für die ihm anvertrauten Bauaufträge aufwendet. Die Kritik über die Werke der Baukünstler sollte eben auf demselben anständigen Niveau sein, wie sie für die anderen Künste für selbstverständlich gilt, was natürlich nur solche Kritiker zustande bringen, denen ein maßgebendes Urteil über Baukunst zusteht.“



© Bezirksmuseum Döbling



© Bezirksmuseum Döbling



© Sammlung Herbert Exenberger

Heute wird der Karl-Marx-Hof eröffnet.

Ein Wahrzeichen des roten Wien – ein Denkmal der schwarzen Verleumderschande.

Am 12. Oktober 1930 feiert das Rote Wien die offizielle Eröffnung seines prestigeträchtigsten Bauwerkes. Am Tag der Eröffnung berichtet *Das Kleine Blatt* von der „Vorfeier“:

„Rund zehntausend Fenster, sowohl an den Außenfronten, als in den Höfen, waren mit roten Glühlampen und Lampions beleuchtet. Unübersehbare Lichterreihen und tausende Fahnen und Fähnchen verbreiteten freudige Stimmung, die noch gesteigert wurde, als die angesprohene Jugend mit hunderten flatternden Fahnen aufmarschierte und rings um die Gartenanlagen des Karl-Marx-Platzes Aufstellung nahm. Dieser Platz, der so groß ist, daß man das ganze Wiener Rathaus hinein stellen könnte, und die Riesenhöfe, in denen die neue Burg, die Stephanskirche, die Oper und noch andere Riesengebäude bequem untergebracht werden könnten, waren ein einziger Festplatz.“

Auch die *Arbeiter-Zeitung* lässt sich von den roten Lampions bezaubern – „Ihr zartes Licht

sammelt sich in der kilometerlangen Vielfalt zu einer großartigen Intensität der Farbe und Helligkeit“ – und zitiert aus der Rede des Schulreformers Otto Glöckel: „Früher wurden Schlösser und Burgen gebaut für die Unterdrücker des Volkes, es waren Adels- und Ritterburgen; heute entstehen Burgen des Volkes, auch das ist ein Zeichen der Demokratie, ein Zeichen des Erwachens.“ „Auf dem ganzen Platz verständlich gemacht“ hat, so *Das Kleine Blatt*, die Ansprache übrigens „ein Riesenlautsprecher des Arbeiter-Radiobundes.“

Hervorgehoben werden in der medialen Berichterstattung auch die gemeinschaftlichen Einrichtungen: „Zwei große Kindergärten sind vorhanden, zwei große Zentralwäschereien mit den modernsten elektrisch geheizten und betriebenen Wäschereimaschinen und Heißwasserspeichern. Hier gibt es keinen Ruß und keinen Staub.

Die Mühe eines Waschtages ist auf zwei Stunden zusammengedrängt. Zwei Badeanlagen, eine Schulzahnklinik, eine Bibliothek, ein Jugendheim sind die wichtigsten gemeinschaftlichen Einrichtungen für alle Bewohner dieses Hauses. [...] Auch die Kunst hat ihren Ehrenplatz im neuen Wien, aber diese Kunst verherrlicht nicht mehr wie in früherer Zeit die Wappen ausbeuterischer Aristokraten, sie liefert nicht mehr die Sinnbilder der Herrschaft einzelner über das ganze Volk. Die vier Riesenfiguren an der Hauptfassade des Karl-Marx-Hofes sind Sinnbilder des Geistes unserer Zeit...“ schreibt *Das Kleine Blatt* am 10. Oktober 1930.

Die Eröffnung selbst wird zum Triumph für die sozialdemokratische Stadtregierung: „Das Riesengebäude des Karl-Marx-Hofes,

die gewaltigste Wohnstätte, die Europa besitzt, hatte prangenden Festschmuck angelegt. Von den mächtigen Flaggenmasten der fünf Türme wehten die Fahnen der Republik und Wiens, keines der tausende Fenster war ohne Fahnen- und Guirlandenschmuck: ein erhabenes Bild!“ schreibt *Das Kleine Blatt* am 13. Oktober 1930 und zitiert einen kleinen Seitenhieb, den sich Bürgermeister Karl Seitz in seiner Eröffnungsrede nicht verkneifen konnte: „Er gab seinem aufrichtigen Bedauern Ausdruck, daß nun vierzehnhundert Wiener Familien gezwungen wären, in einen Bau einzuziehen, der von Rechts wegen zusammengestürzt sein sollte [...] Eine Straßenbahnerkapelle beendete die schöne Feier. Der Bürgermeister begab sich nun auf einen Rundgang durch die Höfe, überall jubelnd begrüßt.“



© Bezirksmuseum Döbling

Rote Werke zeugen gegen schwarze Lügen.



Wie die Roten Versprechen halten -



Beim ersten
Wohnbauprogramm
der Gemeinde Wien
wurden 25 000
Wohnungen versprochen



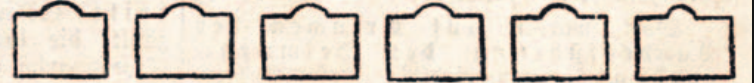
Gebaut wurden
30 000
Wohnungen in
vier Jahren



-und wie die Antimarxisten Versprechen nicht erfüllen!



Bei der Bundes-
wohnbauförderung
wurden 30 000
Wohnungen versprochen



Gebaut werden
18 000
Wohnungen



DAS ÜBRIGE SIND WETSCHLÖSSER!



Das ist der Karl-Marx-Hof, der heute von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet wird.

Die christlichsoziale „Reichspost“ hat in einer Extraausgabe, die wir hier wiedergeben, den drohenden Einsturz dieses Riesenbaues verkündet. An diesem Beispiel erkennt die ganze Welt die schändliche Lügenhetze der christlichsozialen Feinde Wiens und ihre Widerlegung durch die Werke der sozialdemokratischen Gemeinde.

Die Schwarzen verleumden!

Die Roten bauen!



Da steht er, der „eingestürzte Bau“.

Zehntausende bei der Eröffnungsfeier des Karl-Marx-Hofes.

Da steht er, der „eingestürzte Bau“.

Zehntausende bei der Eröffnungsfeier des Karl-Marx-Hofes.

Zehntausende Wiener strömten gestern vormittag nach Heiligenstadt, um das schöne Fest der Eröffnung des Karls-Mary-Sofes mitzufeiern. Mit Blumen und Fahnen, Girlanden und Transparenten war die riesige Wohnanlage reich geschmückt, keine Wohnung, kein Fenster war ohne Zier geblieben, mit rührender Mühe hatten die Bewohner ihrer Freude und Dankbarkeit Ausdruck gegeben, in den schönen Häusern eine Heimstätte gefunden zu haben. Mit stürmischen Hochrufen empfangen die Massen, die den riesigen Platz vor dem Mittelbau bis weit in die Heiligenstädter Straße füllten, den Bürgermeister, der mit den Stadträten und den Vertrauensmännern des Bezirkes zur Eröffnung gekommen war.

Ein würdiges Denkmal, ein ehrender Name.

Nach einem Musikvortrag einer Straßenbahnerkapelle stieg Stadtrat Weber auf die Rednertribüne. Er begrüßte die Gäste und schilderte dann das Entstehen dieser größten geschlossenen Wohnanlage der Gemeinde.

Der Bau ist nach dem großen Denker und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus benannt worden, und die Gemeindeverwaltung ist überzeugt, damit Karl Marx ein würdiges Denkmal gesetzt, dem Bauwerk den ehrenfests Namen gegeben zu haben. Die neue Anlage steht als Zeichen einer neuen, einer demokratischen Baukunst vor Ihnen, als ein Wahrzeichen des neuen Wien, an dem niemand achtlos vorübergehen kann.

Bezirksvorsteher Seleskowitz begrüßte im Namen des Bezirkes den Bürgermeister, die Festgäste und die fünftausend neuen Döblinge, die in der neuen Anlage Wohnungen gefunden haben. Er gab der Freude der Bevölkerung über dieses neue Kulturwerk Ausdruck und sprach die Erwartung aus, daß es in Zukunft gelingen werde, mit diesen neuen Wohnbauten die Kulturarbeit fortzusetzen.

Für die Bewohner des Karl-Marr-Hofes sprach der Mieterobmann Kärner, der die Freude der Bewohner dieser neuen Wohnungen, voll Sonne, Luft und Licht, schilderte. Die Bewohner der Anlage dankten der Gemeindeformung für dieses Kulturwerk. Möge es ihr gelingen, in absehbarer Zeit allen, die unter schlechter Wohnung leiden, ein solches Heim zu geben.

Der Bürgermeister spricht.

Zubelnd begrüßt, hielt dann Bürgermeister **S e i t** die Eröffnungsrede:

Wir sind zwar durch alle Gassen geschleift worden, aber — Lügen haben kurze Beine, und man muß nur die Energie aufbringen, standzuhalten — heute zeigt sich, daß wir recht hatten. Vor allem danke ich hier dem Manne, der am meisten angefeindet wurde, dem Stadtrat Weber (großer Beifall), dann dem Stadtbauinspektor und allen seinen Mitarbeitern, dem Architekten, der dieses Werk erdacht hat. Ich danke auch dem Stadtrat Breitner (brausender Beifall), der dank seiner sparsamen Finanzpolitik immer wieder in der Lage ist, die Summen aufzubringen, deren wir bedürfen, um das große Aufbauprogramm im Wohnungswesen, im Fürsorgewesen und im Schulwesen zu leisten. Diese Männer haben in stiller, geduldiger Arbeit ein großes Kulturwerk vollbracht.

Es gibt Zeiten des großen Wortes, der großen Geste, das sind die Zeiten äußerer und innerer Kriege, der Revolutionen, Zeiten großen wirtschaftlichen Geschehens, wirtschaftlicher Konjunktur. In solchen Zeiten sind Männer nötig, die über das starke Wort und die große Geste verfügen. Dann aber kommen Zeiten, in denen die Hochspannung der Nerven einer gewissen Beruhigung weicht, man nach großem Geschehen zu ruhiger, schwerer Arbeit zurückkehrt. Da fragt der Bürger nicht mehr, wer ihm das schönste Wort sagt, er fragt, wessen Tat die wertvollste ist, er fragt:

„Was leistet ihr?“

Wir stehen in einer historischen Periode der
Sachlichkeit, der stillen, aber energischen
Aufbauarbeit. Unsere historische Aufgabe
ist, in Sachlichkeit diese Arbeit zu leisten.

Möge man diese Gemeindeverwaltung und ihre Grundsätze bekämpfen, möge man in Worten gegen uns argumentieren, die Tat beweist! (Stürmischer Beifall.)

Was hier aufgebaut worden ist, das ist ein Teil des großen Wohnbauprogramms der Gemeindeverwaltung. Ein Stück ihres großen Aufwandes. Wir wissen, daß der vernünftige und ruhig denkende Bürger prüfen wird, was praktisch geschehen und was leeres Wort ist. In 1400 Wohnungen haben hier fünftausend Menschen eine neue Heimstätte gefunden.

Indem wir alle diese neuen Bewohner der Anlage herzlichst begrüßen, bitten wir sie,

nicht zu erlahmen im Genuß des Erreichten, sondern mit uns zu kämpfen und derer zu gedenken, die noch ohne Wohnung sind, die in Flensbüchern wohnen müssen, deren Kinder körperlich und geistig Schaden leiden müssen. Wir bitten Sie, sich einzuliefern in die Reihen der

Wien, für ein
nungen, der freu-
Aufbau unserer
der Betrachtung
um wieder neues

den Bewohnern
nen in dem neuen
nd für die Kinder
Was gestern wer-
gen zur körperlichen
hebung der nächsten
die Gemeindever-
Menschen, die in
schen, einer besseren
belnder, langanhalt-
den Bürgermeister

idchen und ein
em Bürgermeister
n die Freude der
n mit seinen lich-
Gartenhöfen und

Den führenden Persönlichkeiten des Roten Wien ist die Erleichterung über das geglückte Ende nach all den Polemiken rund um den Karl-Marx-Hof durchaus anzumerken. Bürgermeister Karl Seitz, von dem der Ausspruch „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen“ überliefert ist, wird in der *Arbeiter-Zeitung* vom 13. Oktober 1930 folgendermaßen zitiert:

„Wir sind zwar durch alle Gassen geschleift worden, aber – Lügen haben kurze Beine, und man muß nur die Energie aufbringen, standzuhalten – heute zeigt sich, daß wir recht hatten. [...] Es gibt Zeiten des großen Wortes, der großen Geste, das sind die Zeiten äußerer und innerer Kriege, der Re-

volutionen, Zeiten großen wirtschaftlichen Geschehens, wirtschaftlicher Konjunktur. In solchen Zeiten sind Männer nötig, die über das starke Wort und die große Geste verfügen. Dann aber kommen Zeiten, in denen die Hochspannung der Nerven einer gewissen Beruhigung weicht, man nach großem Geschehen zu ruhiger, schwerer Arbeit zurückkehrt. [...] Wir stehen in einer historischen Periode der Sachlichkeit, der stillen, aber energischen Aufbauarbeit. Unsere historische Aufgabe ist, in Sachlichkeit diese Arbeit zu leisten. Möge man diese Gemeindeverwaltung und ihre Grundsätze bekämpfen, möge man in Worten gegen uns argumentieren, die Tat beweist! (Stürmischer Beifall.)“⁴

Die Rettung des Heiligenstädterhofes.

Die Rettung des Heiligenstädterhofes.

Der Dank der **Austrobohschewiten** für die rechtzeitige Warnung durch die „Reichspost“.

Beim politischen Gegner verhalten diese Worte jedoch ungehört. In ihrer Ausgabe vom 14. Oktober 1930 reklamiert die *Reichspost* „Die Rettung des Heiligenstädterhofes“ für sich und fordert den „Dank der Austro bolschewiken“ ein: „Am Sonntag ist der Karl-Marx-Hof, der kilometerlange Neubau der Gemeinde Wien, unter dem üblichen Tamtam eröffnet worden. [...] Durch die zitierte Veröffentlichung der ‚Reichspost‘ wurde die Öffentlichkeit auf die Senkungen in den Fundamenten der genannten Bauten, die damals teilweise schon bis zum zweiten Stockwerk gediehen

waren, aufmerksam. [...] Die rote Gemeinde Wien wäre der ‚Reichspost‘ zu großem Dank verpflichtet, denn erst auf ihr Eintreten wurden die Rettungsarbeiten begonnen. Dadurch erst sind die Bauten gerettet worden.“

Zu guter Letzt rechnet das Zentralorgan der Hausbesitzer vor, dass auf eine Wohnung im Karl-Marx-Hof durchschnittlich 20 Quadratmeter, pro Kopf also etwa 5 Quadratmeter entfallen. „Das ist ungefähr eine Größe, wie sie eine ordentliche Kaninchenfamilie in einem modernen Stall beansprucht.“



Das kleine Blatt, 14.10.1930.

Zu jedem Betrug sind die Roten bereit,
Und das ist der schändlichste Schwindel von allen:
Sie haben am Sonntag ein Haus eingeweiht,
Das schon vor drei Jahren zusammengefallen.

Das Kleine Blatt, 15.10.1930.

Am Sonntag wurde jener Heiligenbildes-Hau eröffnet, von dem die Christlichsozialen berichtet haben, daß er vor dem Einsturz stehe. An diesem Sonntag brach freudig das christlichsoziale Lügenmärchen zusammen.

Der Karl-Marx-Hof.

Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien auf der Hagenwiese in Heiligenstadt.

Europas größte Wohnhausanlage

Zur Eröffnung des Wiener Karl-Marx-Hofes



Baudetail

Vor wenigen Jahren noch betrieben auf der sogenannten Hagenwiese in Döbling vor dem Heiligenstädter Bahnhof Handelsgärtner ihr ehrsam Gewerbe. Jetzt steht auf diesem mehr als einen Kilometer langen Gelände der Karl-Marx-Hof, die größte geschlossene, von der Gemeinde Wien bisher errichtete Wohnhausanlage, die gleichzeitig auch die größte Wohnhausanlage in Europa ist. Als die Wiener Gemeindeverwaltung den Entschluß faßte, auf der Hagenwiese eine Wohnhausanlage zu erbauen, stand sie vor der gewaltigsten Bauaufgabe, die je im Rahmen einer Wohnhausanlage zu lösen war. Mehr als einen Kilometer lang dehnte sich das Gelände zwischen der Heiligenstädterstraße und dem Damme der Franz-Josefs-Bahn aus. Die Verbauung dieser Riesengröße erheischte die Lösung der verschiedensten Fragen, nicht nur durch die Gemeindeverwaltung, sondern auch durch den Städtebauer, Architekten und Ingenieur. Die Gemeinde Wien entschloß sich, das Bauvorhaben in Form einer geschlossenen Wohnhausanlage mit großen Gartenhöfen auszuführen. Die unter der Leitung des Architekten Oberstadtbaurat Ingenieur Josef Bittner stehende Architekturabteilung des Wiener Stadtbauamtes wurde mit der Ausarbeitung der Entwürfe für diese Kolossalanlage betraut und die Verfassung des Projekts dem Architekten Oberstadtbaurat Karl Ehn übertragen. Der Architekt hat die ihm gestellte Aufgabe, das Riesengelände zu verbauen, in einer interessanten Weise gelöst. Er schuf in der Mitte der Wohnhausanlage zur Unterbrechung der langen Gebäudefront einen 10.480 Geviertmeter großen Platz, der gegen die Heiligenstädterstraße offen ist, gärtnerisch ausgestaltet wurde und als Schmuck eine überlebensgroße Bronze-



Die lustig flatternden Fahnen am Eröffnungstag



Die Front der Türme

ab. Der Anlage wird damit an ihrer dominierendsten Stelle eine gewaltige Horizontalgliederung verliehen, die durch die noch im Gebäude betonten emporstrebenden Turmbauten ein Gleichgewicht findet.

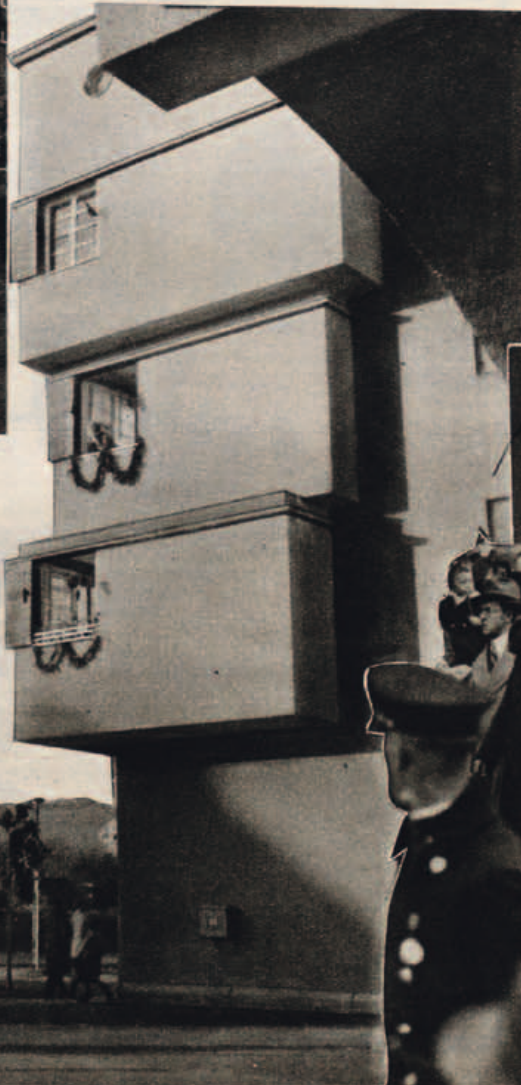
Die Gesamtfläche des Karl-Marx-Hofes beträgt 156.027 Geviertmeter, von denen aber nur 28.751 Geviertmeter verbaut wurden. Auf Verkehrs-, Spiel- und Gartenflächen entfallen 127.276 Geviertmeter. Es sind daher nur 18,4 Prozent, also nicht einmal ein Fünftel der Gesamtfläche, verbaut. Die Längenausdehnung der Anlage beträgt 1000 Meter, die Gesamtlänge der Fundamentierung mißt 11 Kilometer. Der Karl-Marx-Hof enthält 1382 mit allem Komfort ausgestattete Wohnungen, ein Ausmaß, das dem einer Kleinstadt mit mehr als 5000 Einwohnern gleichkommt. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Großanlage auch für die verschiedenen Bedürfnisse ihrer Bewohner entsprechend eingerichtet sein muß. Es wurden daher 2 Zentralwäschereien mit 62 Waschständen, 2 Bäder mit 20 Wannen und

30 Brausen, 2 Kindergärten, 1 Zahnklinik, 1 Mutterberatungsstelle, 1 Bibliothek, 1 Jugendheim, 1 Postamt, 1 Krankenkasse mit Ambulatorium, 1 Apotheke und schließlich 25 Geschäftslokale in der Riesenanlage untergebracht. Bemerkenswert ist, daß die Zentralwäschereien elektrisch geheizt und betrieben werden. Die Heißwasserbereitung erfolgt in Elektrokesseln und Elektrospeichern, so daß jede Ruß- und Staubplage vermieden wird. Die Zentralwäschereien im Karl-Marx-Hof sind in ihrer Art die ersten in Europa.

Die Baustatistik führt aus, daß bei der Errichtung des Karl-Marx-Hofes 244 Millionen Stück Ziegel, 19,8 Millionen Kilogramm Zement, 3,5 Millionen Kilogramm Runderisen, 2,3 Millionen Kilogramm Kalk, 1,26 Millionen Kilogramm Gips, 130.000 Kubikmeter Sand und Schotter, 24.400 Geviertmeter Glas, 63.200 Geviertmeter Bretterböden, 614.000 Stück Dachziegel, 7000 Türen und 5600 Fenster verwendet wurden.

Für den Bau waren 32.530.000 Schilling präliminiert. Die endgültigen Baukosten belaufen sich auf 28.640.490 Schilling, so daß eine Ersparnis von 3.889.510 Schilling erzielt werden konnte. Die Baukosten stellen sich verhältnismäßig niedrig. Der Kubikmeter umbauten Raumes kostet 53,60 Schilling, die Wohnungseinheit von 38 Geviertmeter kommt auf 13.923 Schilling zu stehen. Dieser Preis versteht sich einschließlich aller Einbauten, von den Kindergärten angefangen bis zu den Geschäftslokalen. Mit dem Bau des Karl-Marx-Hofes wurde im Oktober 1926 begonnen; die Fertigstellung erfolgte im August dieses Jahres.

Unten: Bürgermeister Seitz (X), von der Masse bejubelt, eröffnet den Karl-Marx-Hof

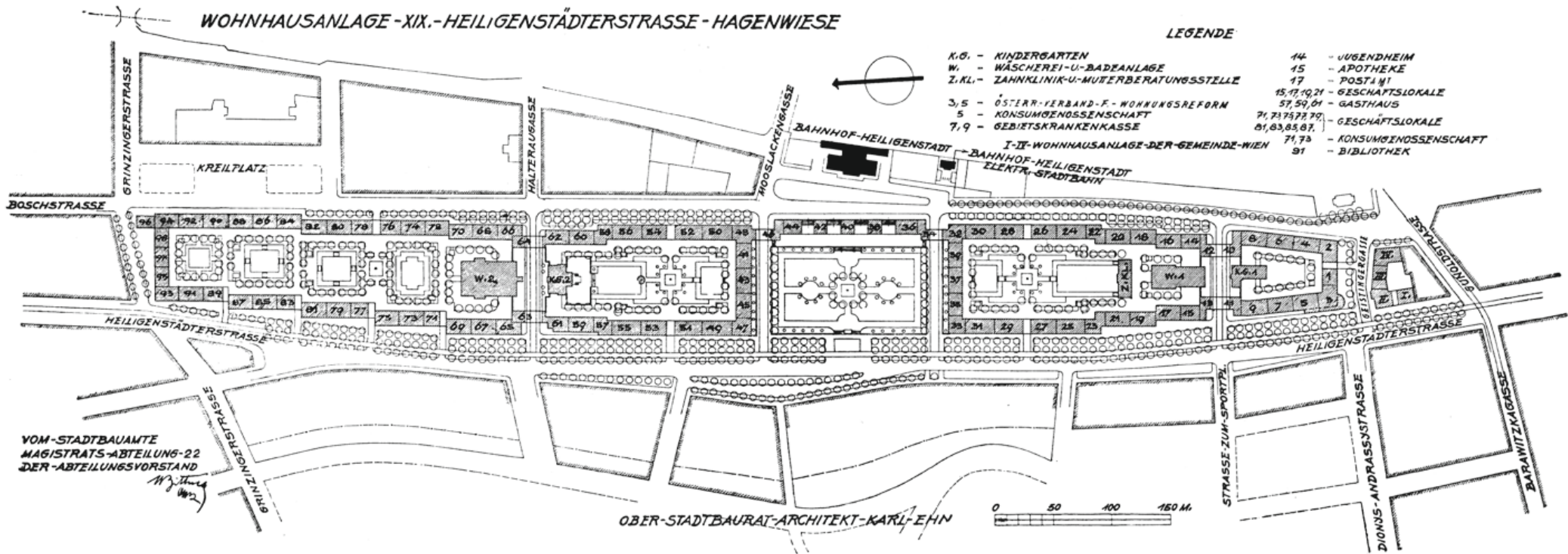


figur von Bildhauer H. v. H. enthält, die einen Sämann darstellt. Dieser Platz wird an der Rückfront durch den höchsten Teil der Anlage abgeschlossen. Der Bau ist dort fünf Stockwerke hoch und bildet gleichzeitig die Überbauung der zum Sportplatz Hohe Warte führenden Straße. Er trägt überdies noch sechs Turmaufbauten und enthält auf den Massenverkehr eingestellte riesige Durchfahrten; dieser Bauteil fällt dann in ruhigem Übergang seitlich in vier- und dreistöckige Plankenteile

Links: Vor einem Kindergarten im Karl-Marx-Hof

Rechts: Eine schöne Ecke

Photos Wide world and Schwarz



Der steinerne Wahlauf Ruf!

„Wiener, geht heute nach Heiligenstadt und schaut euch dieses ‚eingestürzte Gebäude‘ mit euren eigenen Augen an! Geht hin, überzeugt euch mit euren eigenen Augen, wie die Antimarxisten lügen, und urteilt dann selbst über den Marxismus und den Antimarxismus! [...] Marxismus – seht! –, das ist die Befreiung der Wohnung, der Sonne, der Luft und des Lichtes von der Spekulation und Ausbeutung. Erinnert euch, wie es war, bevor der Marxismus Einfluß und Macht hatte? Da war Wohnung, Licht und Luft eine Ware wie jede andere,

mit welcher Spekulanten spekulierten, Wucherer sich bereicherten, aus welcher Kapitalisten ein arbeitsloses Eigentum erpreßten. Das ist nun anders. Wohnung, Licht, Sonne sollen keine Ware sein; mit dem Bedürfnis des Menschen nach gesundem Wohnen soll kein Mensch mehr Geschäfte machen. Wohnungen sollen vom Gemeinwesen errichtet, vom Gemeinwesen verwaltet und den Bedürftigen zugeteilt werden. Der Karl-Marx-Hof – schaut! –, das ist ein Stück Marxismus!“
Das Kleine Blatt, 12.10.1930.

Um den Umfang der geleisteten Arbeit aufzuzeigen, seien nachstehend die Mengen der wichtigsten Baumaterialien angeführt, die auf dem Bau verwendet wurden:

Ziegel	24.400.000 Stück,
Zement	19.800.000 kg,
Rundeisen	3.500.000 kg,
Kalk	2.300.000 kg,
Gips	1.265.000 kg,
Sand und Schotter	130.000 m ³ ,
Glas	24.400 m ² ,
Brettelböden	63.200 m ² ,
Dachziegel	614.000 Stück.

Über die näheren Einzelheiten des Baues gibt die folgende tabellarische Zusammenstellung genaueren Aufschluß.

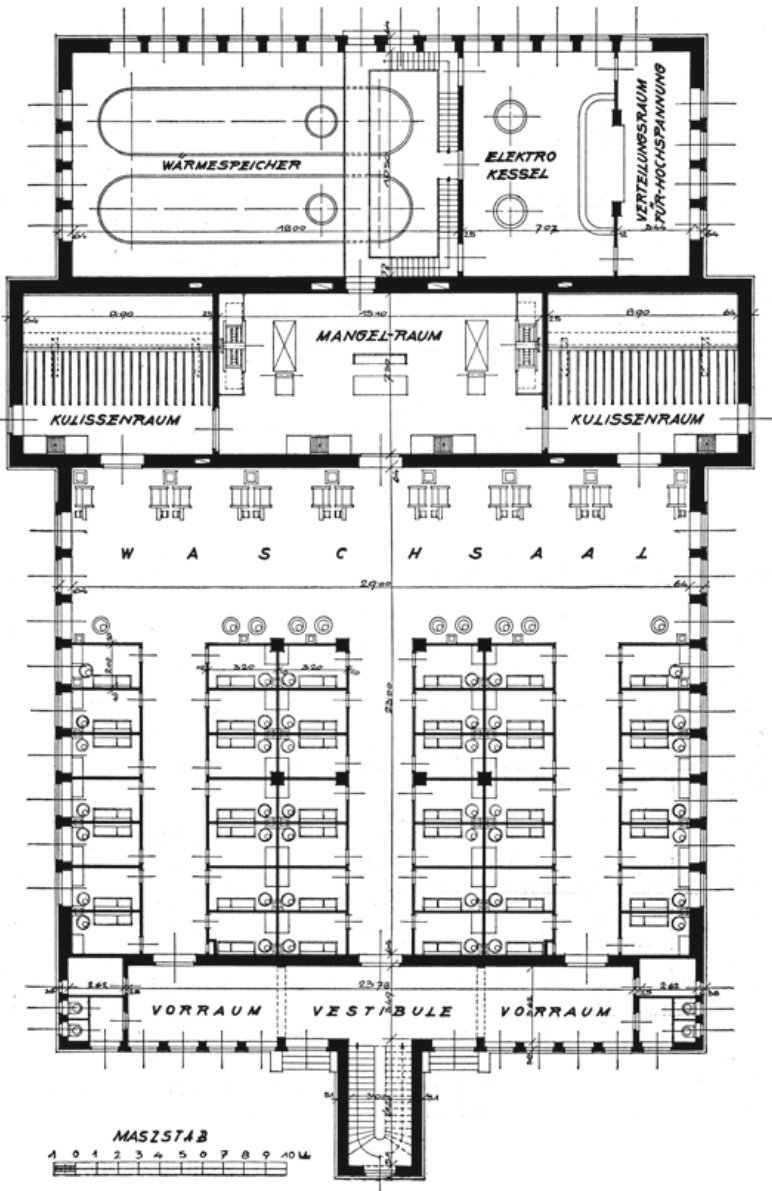
Zusammenstellung der in dieser Wohnungsanlage enthaltenen Wohnungstypen

Ledigen-Zimmer	88
Küche, Zimmer	125
Küche, Zimmer, Kammer	748
Küche, 2 Zimmer	159
Küche, Zimmer, 2 Kammern	136
Küche, 2 Zimmer und Kammer	93
Küche, 3 Zimmer	16
Küche, 2 Zimmer und 2 Kammern	6
Küche, 3 Zimmer und Kammer	10
Küche, 3 Zimmer und 2 Kammern	1
Gesamtzahl der Wohnungen	1382

Die Wohnhausanlage enthält weiters:
2 Zentralwäschereien mit 62 Waschständen,
2 Bäder mit 20 Wannen und 30 Brausen,
2 Kindergärten,
1 Zahnklinik,
1 Mutterberatungsstelle,
1 Bibliothek,
1 Jugendheim,
1 Postamt,
1 Krankenkasse mit Ambulatorium,
1 Apotheke,
ferner 25 Geschäftslokale.

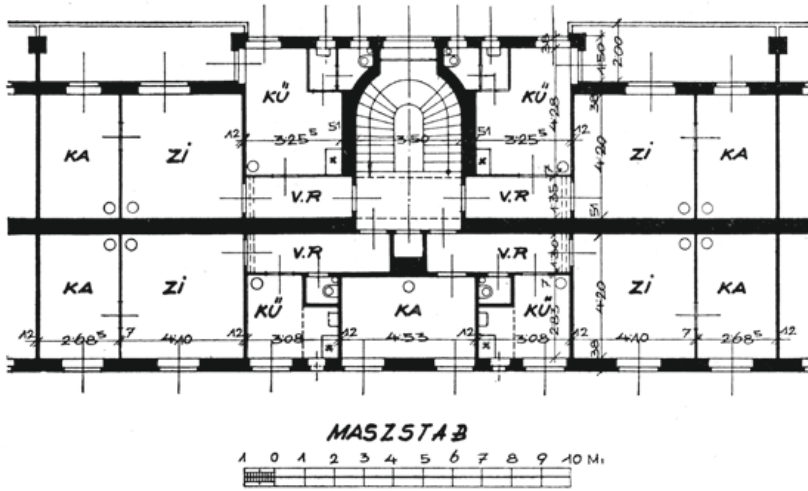
Die Durchführung dieses gewaltigen Bauvorhabens stellte an die Planverfassung, an die bauausführenden Firmen und die städtische Bauüberwachung große Anforderungen, die eine Zeit lang, als die Schwierigkeiten in der Fundierung zu überwinden waren, zu einer ganz besonderen Spitzenleistung anwuchsen. Der Enderfolg hat die Hingabe aller Beteiligten gelohnt.

WOHNHAUSANLAGE XIX-BEZ.-HEILIGENSTÄDTERSTRASSE WÄSCHEREI-UND-BADEANLAGE ERDGESCHOSS



WOHNHAUSANLAGE XIX-BEZ.-HEILIGENSTÄDTERSTRASSE

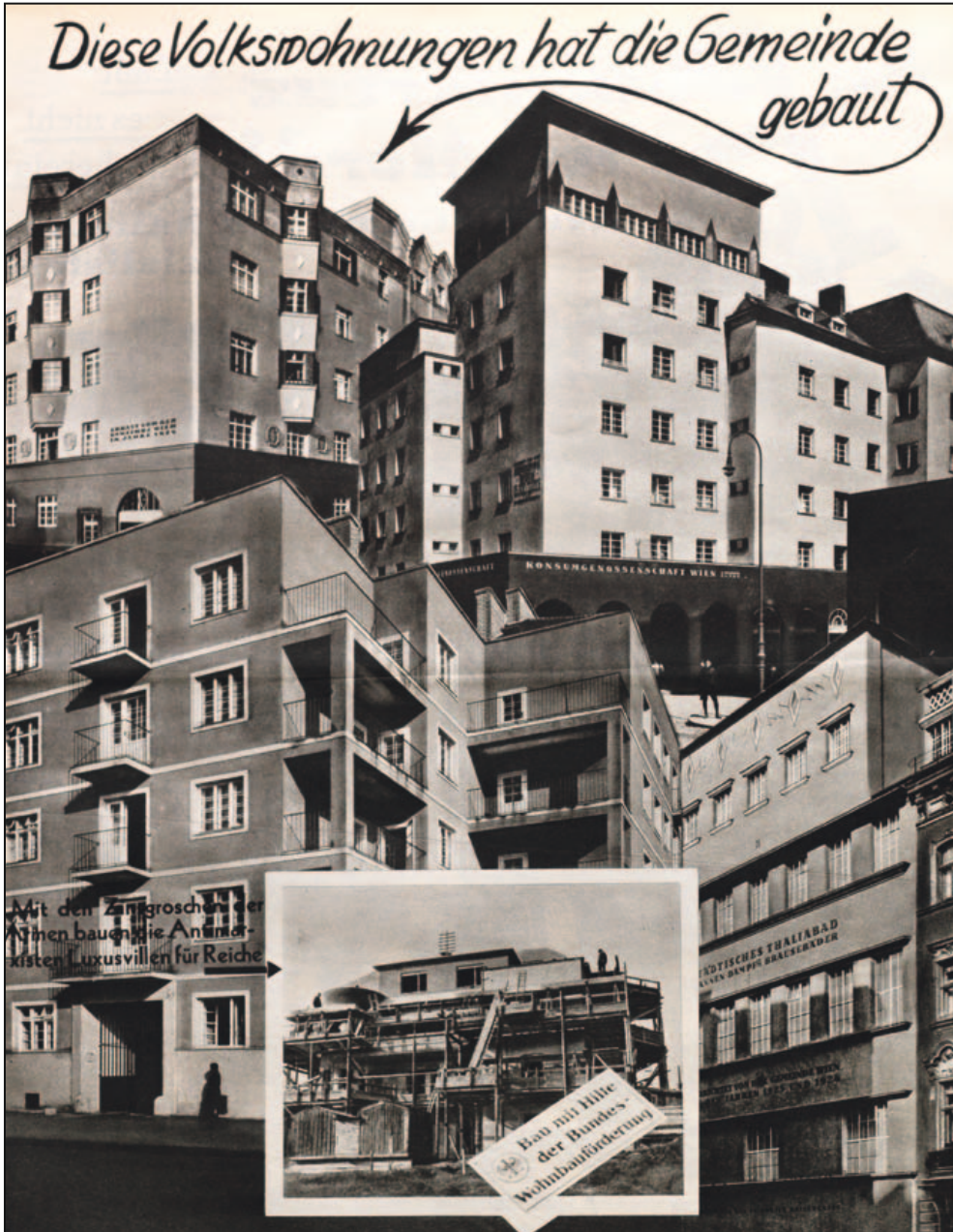
WOHNUNGSTYPEN



Abbildungen aus der Festschrift zur Eröffnung des Karl-Marx-Hofes.



DER KARL-MARX-HOF. DIE WOHNHAUS- ANLAGE DER GE- MEINDE WIEN AUF DER HAGEN- WIESE IN HEILI- GENSTADT



© Der Kuckuck, 26.10.1930.



© Das Kleine Blatt, 12.10.1930.

So sehen die eingefürzten Häuser aus!
Heute vormittag wird der Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet.

das rote wien
waschsalon

Waschsalon Nr. 2
Karl-Marx-Hof

Öffnungszeiten / Opening hours
Do. / Thu. 13.00 – 18.00
So. / Sun. 12.00 – 16.00
oder nach Voranmeldung /
or by appointment

Kontakt
+43 (0) 664 / 885 40 888
info@dasrotewien-waschsalon.at
www.dasrotewien-waschsalon.at

Adresse
1190 Wien, Halteraugasse 7



100 Jahre und kein bißchen müde!

1911 gegründet, ist die Mietervereinigung Österreichs
seit jeher als Interessensgemeinschaft politisch aktiv,
berät und unterstützt bei individuellen Anliegen.

Damals: Zur Bekämpfung der tristen Wohnverhältnisse.
Heute: Für leistbares und faires Wohnen.



Werden Sie Mitglied bei der stärksten
Mieterschutzorganisation Österreichs.



Unterstützen Sie uns bei unserer Arbeit.



Profitieren Sie von unserem Engagement.

Damit Wohnen leistbar und fair bleibt!